

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1914**

23 (28.1.1914)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementpreis: Einzelst. monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 95 P.; am Postkassett 2,10 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7/7 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11 Zeile, ober deren Raum 20 S. Totalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

### Fürstbischof Kopp gegen die christlichen Gewerkschaften.

Wie schon mitgeteilt, hatte der Führer der Integritäten im Zentrum, Graf Oppersdorff, den Fürstbischof Dr. Kopp in Breslau, der im Episkopat die antichristliche Richtung repräsentiert, um eine authentische Äußerung zur Gewerkschafts-Engpassfrage ersucht. Im Kölner Gewerkschafts-Prozess beriefen sich die christlichen Gewerkschaftsführer besonders mit darauf, daß auch der Fürstbischof Kopp die vom Paderborner Bischof gegebene und den Gewerkschaften günstige Deklaration der päpstlichen Engpassfrage mit unterzeichnet habe. Kopp hat nun unter dem 21. Januar dem Grafen Oppersdorff eine sehr ausführliche Antwort gegeben und ihn ermächtigt, diese seine Meinung der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Da hierdurch der Gewerkschaftsstreit im Zentrumslager sicher aufs neue lebhaft erfaßt wird, geben wir nachstehend den Wortlaut des Briefes:

Herr Hochgeboren

Ich danke Sie, auf das gefällige Schreiben vom 19. d. M. ergeht sich zu erwidern, daß ich keinen Anstand nehme, Ihnen zur Aufklärung der öffentlichen Meinung die gewünschten Auskünfte zu erteilen.

Wie der Episkopat in seinem Antwortschreiben vom 5. November 1912, mit dem er die Engpassfrage „Singulari quadam“ veröffentlichte, hervorhob, sollten die Bestrebungen des Hl. Vaters zugleich jenem, in der Engpassfrage so nachdrücklich betonten, Ziele dienen, zwischen katholischen und nichtkatholischen Arbeitern den bürgerlichen Frieden und jene Eintracht zu erhalten, ohne die die irdische Wohlfahrt nicht bestehen kann.

Deshalb wird das bischöfliche Antwortschreiben noch darauf hin, die dem Heiligen Stuhle an die Katholiken ergangene Mahnung zur Einigkeit, zur Unterlassung gegenseitiger Beschuldigungen, zur Einhaltung des ordnungsmäßigen Weges zur Lösung der etwa noch in vorgezeichneter Richtung auftauchenden Differenzen entspreche dem heißen Verlangen des gesamten katholischen Volkes und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß die katholische Treue und Friedensliebe aller guten Katholiken die Engpassfrage als neuen Beweis der Weisheit und Hirtenliebe des Heiligen Vaters mit inniger Dankbarkeit aufnehmen und alle Bestrebungen der Engpassfrage freudig und gewissenhaft befolgen werde.

Dieses Streben und diese Erwartung leitete fortan alle weiteren Schritte der deutschen Bischöfe. Der Episkopat als solcher hielt sich von da ab fern, nur daß er nach dem Beschluß fakte, ein Konferenzmitglied, den damaligen Kapitularvikar von Köln, Prälat Kreuzwald, zu beauftragen, mit den Führern der christlichen Gewerkschaften Fühlung zu nehmen, um zu verhindern, zu voreiligen und unbedachten Worten und Handlungen sich hinreißen zu lassen, die später schwer wieder auszugleichen wären. Die Führer der christlichen Gewerkschaften folgten auch anfangs diese Mahnungen, bis die gegnerischen sozialdemokratischen, wie auch einzelne liberale Blätter in allerlei höhnischen und beschimpfenden Ausführungen sich ergingen und alle Gespenster kirchlicher Anechtung auftreten ließen.

In dieser Lage beschloßen die Führer, alle Leiter der christlichen Gewerkschaften zu einer Generalsammlung nach Essen zu berufen. Vorher aber wandten sie sich an ihren langjährigen Freund, den hochwürdigen Herrn Bischof von Paderborn, Dr. Schulte, und legten ihm ihre Lage dar. Der Bischof von Paderborn, eingebend der einseitigen Stimmung des Episkopats, der Engpassfrage eine möglichst friedliche und vertrauensvolle Aufnahme bei den Beteiligten zu sichern, unternahm es daher, die von den Gegnern am härtesten hervorgerufenen und mißdeuteten Bestimmungen der Engpassfrage zu erläutern. Daß er sich dabei von der äußersten Milde leiten ließ, widersprach nicht den Absichten des Episkopats und erforderte die Lage der Dinge. Diese Erläuterungen sandte der hochwürdigste Herr am 20. November 1912 dem Unterzeichneten als dem derzeitigen Vorsitzenden der Bischofskonferenz zur Prüfung und Zustimmung. Mit einigen Anmerkungen konnte ich seine Arbeit als nicht gegen die Engpassfrage gerichtet anerkennen und, da die christlichen Gewerkschaftsführer auf meine Zustimmung alles Gewicht legten, erteilte ich sie. Bei der Kürze der Zeit konnte diese Angelegenheit dem Gesamt-episkopat nicht mehr vorgelegt werden; tatsächlich ist dessen Einverständnis auch nicht eingeholt worden. Nur wurde ihm nachträglich von der Sache Kenntnis gegeben, was er mit Stillschweigen aufnahm. Die in Essen zur Vereinerung gebrachte Erläuterung der Engpassfrage ist also kein Beschluß des Episkopats, sondern eine Ausarbeitung des Herrn Bischofs von Paderborn, der ich, den dringenden Umständen nachgebend, zustimmte.

In Essen hätte man es danach in der Hand gehabt, den gewerkschaftlichen Standpunkt mit weiser Zurückhaltung und kluger Schonung des kirchlichen Empfindens zur Geltung zu bringen, bei der überaus milden Erläuterung des Herrn Bischofs von Paderborn, und so die Hoffnungen des Episkopats zu rechtfertigen. Statt dessen erging man sich in schroffen

und herausfordernden Redebewegungen, die die wohlthuenden Rücksichten des Episkopats völlig mißachteten und die angewandte Milde als nutzlos erwießen, weshalb letztere auch an einer anderen kirchlichen Stelle nicht gebilligt wurde.

Aus diesen Vorgängen in Essen erkannte ich selbst, daß es Selbsttäuschung war, eine friedliche und versöhnliche Wirkung der Engpassfrage zu erhoffen und schrieb daher an den hochwürdigen Herrn Bischof von Paderborn, daß ich diese Vorgänge tief bedauerte, und daher meine Zustimmung zu seinen Erläuterungen damit zurücknahm. Mein Schreiben (vom 1. Dezember 1912) lautete wörtlich:

„Ich bedauere, mich an den Maßnahmen zur Vereinerung der christlichen Gewerkschaften beteiligt zu haben, und will die Interpretation (der fünf Punkte) nicht weiter vertreten, da solche nicht allein wirkungslos, sondern verwirrend sind.“

So gut diese Erläuterungen gemeint waren und man sie an sich vielleicht auch nicht beanstanden kann, wenn man die Eile der Entscheidung berücksichtigt und ihren Zweck nicht aus dem Auge läßt, so ist doch manches dagegen einzuwenden. Vor allem waren sie nicht nötig, da die Bestimmungen der Engpassfrage deutlich und klar genug sind. Sie waren unnütz, da die Führer der christlichen Gewerkschaften sie nur zu einer schroffen Ablehnung benutzten. Endlich aber muß besonders hervorgehoben werden, daß es nicht Sache der Bischöfe ist, päpstliche Erlasse zu erläutern und auszuliegen, sondern daß dieses Recht allein dem Heiligen Stuhle zusteht. In diesem Urteil über die Paderborner Erläuterung, das ich seit der Essener Versammlung stets festgehalten habe, hat auch leider auch der Verlauf des eben beendeten Prozesses der christlichen Gewerkschaften gegen die sozialdemokratischen Redakteure noch bestärkt, und ich kann hinzufügen, daß auch an anderen Stellen die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Grundätze und Ansichten ein großes Aufsehen erregt haben.

Ich glaube, damit Ihre Anfrage vollständig beantwortet zu haben und verharre in größter Verehrung als

Herr Hochgeboren ergebener G. Carl Kopp, Fürstbischof von Breslau.

Dieser Brief des Fürstbischofs Kopp hat im Lager der Hochemiten die größte Aufregung verursacht. Die „Köln. Volkszeitung“ druckt ihn in ihrer Montagmorgen-Nummer ab und schreibt hierzu:

„Mit dieser Darlegung des Kardinals Kopp treten die alten Gegensätze, die in dem bösen Wort vom „berückelten Weisen“ ihren drastischsten Ausdruck finden, ganz augenfällig in die Erscheinung. Das ist eine sehr ernste Tatsache, welche auch für unser ganzes öffentliches Leben von Bedeutung ist. Bei Verprechung des unerhörten Angriffs gegen den Erzbischof von Köln in Nr. 2 der „Märche und Wahrheit“ haben wir bemerkt: Mit Zeitungsartikeln läßt sich die Sache nicht erledigen. Das gilt in noch höherem Maße von der Kundgebung des Kardinals Kopp, welche im übrigen für die nächste Zeit den Stoff zu zahllosen Betrachtungen abgeben dürfte. Dafür wird die liberale und sozialdemokratische Presse noch überreichlich sorgen. Wer geglaubt hatte, die Gewerkschaftsfrage werde nun endlich zur Ruhe kommen, wird gründlich enttäuscht sein. Mehr möchten wir einwirken zu dem Brief des Kardinals Kopp an den Grafen Oppersdorff nicht sagen.“

Das in Paderborn erscheinende „Westfälische Volksblatt“ schreibt gleichfalls zu diesem Briefwechsel:

„Dieser Briefwechsel erscheint unferes Erachtens noch nicht ausreichend, um mit den Unklarheiten und Mißverständnissen nach jeder Richtung hin aufzuräumen. Bei einer Anfrage im hiesigen bischöflichen Palais (der Paderborner Bischof Schulte ist bekanntlich ein Freund der christlichen Gewerkschaften, D. Red.) ist uns die Wichtigkeit dieser Auffassung bestätigt.“

### Ein Landgericht gegen die gewerkschaftsmäßigen Streikbrecher.

Kann ein gewerkschaftsmäßiger Streikbrecher den Schutz des § 153 der Gewerbeordnung beanspruchen? Auf diese wichtige Frage hat die Erste Strafkammer des Landgerichts in Kassel eine sehr interessante Antwort gegeben, zu der das Gericht auf Grund folgender Begebenheit kam. Im April vorigen Jahres streikten die Metallarbeiter einer Fabrik in Kassel-Kinderwehren. Hinbegardisten, unter Leitung des schlimmeren Delikten mit Gefängnis schwer vorbestraften „Monteurs“ Paul Weiling-Berlin, erschienen als Arbeitswillige auf dem Plan. Der Schlosser B., der eines Tags mit dem ehrenwerten Keiling und einigen seiner Leute auf der Straße zusammentraf, machte seinem Ingrimm über den Betrug an den Interessen der Arbeiter in schärfster Weise Luft. Er soll gerufen haben: „Ihr Streikbrecher, Ihr Lumpen, Euch müßte man die Gurgel herausreißen.“ Keiling, wie seine lange Vorstrafenliste ausweist, ein Ehrenmann, ließ zum Staatsanwalt und B. erhielt vom Schöffengericht zu Kassel „wegen öffentlicher Beleidigung“ (§ 185 St.G.B.) in einheitlichem Zusammentreffen mit dem Vergehen gegen § 153 der Gew.-Ordng. eine Gefängnisstrafe von 10 Tagen. Entgegen den Behauptungen des Angeklagten B. war das Schöffengericht bei Heranziehung des § 153 der Gewerbe-Ordng. von der Voraussetzung ausgegangen:

„Die beleidigenden Äußerungen waren von der Absicht getragen, die Angebrochenen zum Anschluß an den Streik zu bewegen.“ Der Angeklagte habe „den Monteur Keiling durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht, an Verabredungen und Vereinigungen von Fabrikarbeitern zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen.“

Der beurteilte Metallarbeiter B. legte gegen dieses Urteil Berufung ein und erzielte, daß die Kasseler Strafkammer ihn nur wegen Vergehens gegen § 185 St.G.B. verurteilte. So erhielt er statt der 10 Tage Gefängnis nur 75 M. Geldstrafe. Gegen die Heranziehung des § 153 St.G.B. im erstinstanzlichen Urteil machte B. geltend, er habe den Keiling nicht zum Anschluß an den Streik bestimmen, sondern lediglich sein Mißfallen über das Verhalten des Keiling ausdrücken wollen, der von Berlin zugereist sei, um sich als Streikbrecher beschäftigen zu lassen und die Bestrebungen der einheimischen Arbeiter zu hindern, wie Keiling dies überhaupt gewerkschaftlich tue. Die Kasseler Strafkammer, als Berufungsinstanz, nahm diesen Tatbestand als vorhanden an und kam infolgedessen zu der beachtenswerten Entscheidung:

„es steht fest, daß Keiling gerade aus Anlaß des Streiks eigens als Arbeitswilliger aus Berlin gekommen ist, und es mußte ein Versuch, ihn zum Anschluß an die Streikenden zu bestimmen, von vornherein als aussichtslos erscheinen.“

Bei dieser Sachlage hält das Gericht nicht für erwiesen, daß der Angeklagte durch die von ihm begangenen Ehrverletzungen den Monteur Keiling zu bestimmen beabsichtigt hat, an den Verabredungen der Fabrikarbeiter zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen mittels Einstellung der Arbeit teilzunehmen.

Der Angeklagte kann somit wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O. nicht bestraft werden.“

Das ist endlich einmal ein Streikurteil, das dem Rechtsempfinden des Arbeiters entspricht und dessen Logik zwingend genannt werden muß. Das Kasseler Gericht hat die Keiling und Genossen zutreffend eingeschätzt. Es war in der Tat völlig aussichtslos, Leute dieses Schlages zum Anschluß an einen Streik bestimmen zu wollen. Deshalb hätten organisierte Arbeiter einen solchen Versuch an untauglichen Objekten auch niemals gemacht. Hinbegardisten strafen man mit stummer Verachtung. Wer aber zu dieser viel Selbstüberwindung erfordernden Anschauung sich noch nicht durchringen konnte, sondern übermüht vom Jorn über den gewerkschaftsmäßig von den Keiling-Elementen verübten Verrat, diese ehrenwerten Zeitgenossen beschimpft, der kann wohl gemäß § 185 St.G.B. wegen einfacher Beleidigung bestraft werden, nicht aber mit Gefängnis wegen Vergehens gegen § 153 der G.-O., denn das traurige Gewerbe der Hinbeute stellt diese Sorte Arbeitswillige außerhalb des Schutzes jenes ominösen Paragraphen.

Stellen die deutschen Gerichte sich künftig auf der Boden des logisch unanfechtbaren Standpunktes des Kasseler Gerichtes, so wäre das ein zwar nur kleiner, aber immerhin erfreulicher Fortschritt auf dem Gebiete des Koalitionsrechtes.

### Deutsche Politik.

Höherer Zoll für Kartoffeln und Gemüse.

Das preussische Abgeordnetenhaus hat am Samstag die Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung noch nicht beendet. Schuld daran sind die Agrarier, die unter Führung des Abg. Dr. Fahn die Gelegenheit benützen, ihre auf die Ausbeutung des Volkes gerichteten Zollwünsche zur Sprache zu bringen. Die Herren verlangten einen höheren Zoll auf Kartoffeln und Gemüse gegen diese agrarische Unverschämtheit wandte sich in wirksamer Rede Gen. Paul Hoffmann, der gleichzeitig der Regierung heftige Vorwürfe machte, weil sie systematisch den Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein zugunsten kleinerer Verbände bei der Einsetzung von Gärtnerauschüssen übergegangen hat. Die Erwidrerung des Ministers fiel so aus, wie man es in diesem Hause gewohnt ist: Unter dem Beifall der Reaktionen meinte er, daß die Förderung dieser Gewerkschaft den Staatsinteressen zuwiderlaufe. Die Sozialdemokraten blieben dem Minister die Antwort nicht schuldig. Genosse Braun hielt ihm vor Augen, wie nicht nur außerdeutsche Länder, sondern auch deutsche Bundesstaaten durch die Macht der Tatsachen sich genötigt gesehen haben, die Sozialdemokratie um ihre Unterstützung anzugehen. Er wolle nicht etwa, daß auch in die preussische Regierung ein Sozialdemokrat eintritt, aber die Notwendigkeit werde die Regierung auch in Preußen einmal überwinden müssen. Dann sprach noch Abg. Dr. Fahn, dessen Uebertreibungen Genosse Hänisch auf ihr richtiges Maß zurückführte. Schließlich griff auch noch Genosse Hirsch in die Debatte ein, um mit Herrn Dr. Fahn, der die Zeit zu einer Sozialistenrede gekommen hielt, abzurechnen.

Ausland.

Frankreich.

Ein neues Industriegebiet im Norden. Schon früher haben wir auf das große Stahlfabrik hingewiesen, das unter Leitung im Dep. Calvados, Nordwestfrankreich, entstehen wird. Die rheinische Firma Thyssen, die in Frankreich schon die Konzeption von Lunéville, Vattigny und Boulogny, nahe der deutschen Grenze, und die von Dielette bei Cherbourg innehat, gründete unter Erwerb mehrerer Konzeptionen und mit Zuziehung französischer Kapitals die Gesellschaft der Hochöfen und Stahlfabrik von Caen mit einem Kapital von 30 Millionen Fr. Es waren die Erzlager von Soumont und von Perrières, beide etwa 80 Kilometer von Caen und mit einem Erzlager, das für 60 Jahre eine Jahresförderung von zusammen 2 Millionen Tonnen gestattet. Eine weitere Konzeption in Châteaubriant wurde als Reserve erworben. Sie ermöglicht eine Förderung, die den Bedarf der zu errichtenden Hütte für 10 Monate im Jahre zu decken vermag. Zur Verbindung mit der Hütte und vom Hafen Caen wurde eine Eisenbahnkonzeption erteilt. Die Hütte wird am Kanal von Caen nach dem Meere und an der Bahn von Paris nach Cherbourg liegen. Dort wird ein Riva-Hafen erbaut, der das rasche Entladen von Kohlen und Erz gestattet. Die eigentliche Hütte, 20 Meter über dem Meere auf einer Fläche von 2000 Meter Länge und 700 Meter Breite, wird zunächst zwei Hochöfen umfassen, die bei einer Leistung von je 400 Tonnen jährlich mindestens 800 000 Tonnen Eisen liefern und 400 000 Tonnen Kohlen verbrauchen werden. Dazu kommen die Walz- und die Stahlfabrik, die mindestens 200 000 Tonnen Stahl liefern können. Die Baufläche dehnt sich über 400 Hektare aus. Die Erdbewegung wird 2 Millionen, die Maurerarbeiten 100 000 Kubikmeter umfassen. Dazu Eisen für Brücken, Gerippe der Hüttenwerke usw. in einer Menge von 12-15 000 Tonnen. Die Arbeiterzahl wird 8-9000 sein. — Außer diesen großen Unternehmungen an Förderung, Verhüttung und Ausfuhr des Eisens samt Nebenprodukten sieht das Statut weiter vor: Erzeugung von Gas und elektrischer Kraft, Anlage von Eisenbahnen, Kanälen, Sägen und Bau von Schiffen. Also ein Unternehmen allergrößter Bedeutung in einem rein landwirtschaftlichen Gebiete.

Großbritannien.

Großbritanniens Beispiel. In der Heimat sahen wir während des Eisenbahnstreiks die Armee aufgerufen und in Tätigkeit, als ob es keine Verfassung gäbe. Verlässliche Berordnungen wurden wieder aufgestellt, um zur Verfolgung von Syndikalisten, Gewerkschaftsführern, Stimmrechtlern und Freidenkern zu dienen. Dublin bedeutete in seiner Zeit eine ebenso grobe Ausschreitung wie Johannesburg (Südafrika). Monnelly (Wales) war noch schlimmer. All das haben wir geduldet und jetzt haben wir die Folge in Südafrika. Die Demokratie hat erfahren, daß sie durch Duldung der Unterdrückung irgend einer Klasse oder Meinung die Ketten der Ungerechtigkeit um sich selbst schmiedet. Wir können nicht für uns haben, was wir andern verweigern. Die Mächte der Reaktion sind alarmiert. Nichts wird sie aufhalten in ihrem Vornehmen, die Arbeiter in Unterwürfigkeit zu erhalten. Was in Südafrika heute geschieht, würde morgen in England geschehen, wenn die Gelegenheit käme. Verfassungen dienen dem Schutze des Eigentums und seiner Herren. Nur soweit sie das tun, werden sie beachtet. Was müssen wir tun? Was ist also zu tun? Die südafrikanischen Verbrecher müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Verfassung wurde mit Zustimmung Lord Balfours (des Gouverneurs) außer Kraft gesetzt, der vermutlich nach Verabredung der heimischen Regierung gehandelt hat. Die Fortdauer seiner Anwesenheit als Generalgouverneur wäre eine Herausforderung jedes gescheiterten englischen Bürgers. Die Lehre muß unserer Arbeiterchaft eingepreßt werden, daß solange sie Liberalismus oder Torytum aufrecht erhält, ihre Freiheit keinen Rappentitel wert ist. Unter beiden Parteien beherrscht der Kapitalismus England, wie er Südafrika beherrscht. Auch unsere sogenannten „Rebellen“ haben jetzt eine Lehre, wohin ihre Taktik führen würde, wenn sie von der heimischen Arbeiterbewegung befolgt würde. Und schließlich sehen wir wieder einmal den wahren Zweck des Militarismus. Ohne die Armee hinter sich, wären die südafrikanischen Millionäre machtlos. Die überlegenen Leute, die jüngst den antimilitarischen Feldzug der Unabhängigen Arbeiterpartei kritisierten, waren so blind wie gewöhnlich. Militarismus ist der der Hauptmaß des Kapitalismus. Ueberall ist er der Feind der Demokratie, zu allen Zeiten das härteste Bollwerk der herrschenden Klasse. Es ist keine Hoffnung für uns, solange die Demokratie schuldig engbergig und gedankenlos bleibt. Solange die Arbeiter noch nicht ein Uebel für sich selbst in jeder Ungerechtigkeit, die gegen andere verübt wird, erblicken, solange wird ihnen der Weitblick und die sittliche Begeisterung fehlen.

Als französischer Spion in Deutschland gefangen.

Memoiren von Paul Chorenne.

(Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Am 28. März um 5 Uhr morgens läutete uns die Glocke zum letzten Mal zum Aufstehen. Draußen war es schon dämmerig. Schnell wurde heißer Kaffee, ein Pfund Schwarzbrot, ein Viertel Pfund Wurst und Speck verteilt, und ein paar Minuten später traten die Zuchthäuser mit schweren Ketten aneinander gefesselt, in den morgensüßlichen Hof hinaus, während wir wenige, die keine Fesseln trugen, folgten. Kurze Abschiedsworte, eine Ermahnung des Direktors, wir steigen die Treppe hinunter und werden sofort in zehn bereitstehende, fensterlose Möbelwagen verpackt. Die meisten der Aufseher begleiten uns; sie waren nicht wenig stolz, sich in ihren Sonntagsuniformen, mit dem Revolver im Gürtel, zeigen zu dürfen. Sie alle rannten herum schalten und schreien und machten sich wichtig wie immer. Als die Einschiffung in die Arkden beendet war, wurden wir in unsern dunkeln Wagen durch Halle gerückt. Am Bahnhof stand der Extrazug schon dampfend bereit, schnell war die Umladung bewerkstelligt, ein Pfiff, und wir fuhren ab. Die Stadt Halle, mit ihren großen, nüchternen Gebäuden verschwindet am Horizont wie ein böser Traum. Wir fahren hinaus ins Unbekannte, durch die Provinz Sachsen. Aber die Landschaft liegt noch grau und traurig da vom Leid des Winters her.

Jetzt bin ich in meiner neuen Zelle eingerichtet, für lange zwanzig Monate. Von außen sieht das Zuchthaus hier etwa so aus: Um einen großen viereckigen Hof herum, der ungepflastert und schmutzig ist, reihen sich hohe graue und rote Gebäude von fünf Stockwerken. Im Sommer sieht der Hof nicht so schlimm aus, er hat ein hübsches englisches Gärtchen. Man hat mich in meiner Eigenschaft als Schreiber und offizieller Uebersetzer des Hauses im Erdgeschoss untergebracht. Dem Flügel, wo die Schlaf-

die allein Bewegungen und Wälfen ihre Größe geben. Klarer Will und mehr Organisation sind nötig. Wenn das Volk fortfährt, Militarismus, Reaktion und das bürgerliche Parteiensystem aufrechtzuerhalten, wenn es nicht die Einheit und den Mut hat, sich selbst an den Platz der herrschenden Macht aufzuschwingen, dann wird es früher oder später finden, daß die Soldatenjungen kurzen Prozeß mit seinen Ansprüchen auf Freiheit machen.

Badische Politik.

Die besorgten Nationalliberalen.

Die nationalliberale Wochenschrift „Deutscher Volksbote“ bespricht in seiner letzten Nummer die Finanzdebatte im badischen Landtage und schreibt bezüglich der Jesuitenfrage folgendes:

Wemerkenswert ist noch, daß die Jesuitenfrage, die uns noch aus den denkwürdigen „Katholikerversammlungen“ in Erinnerung ist, angeschnitten wurde. Was auf diesem Gebiet das Zentrum, zunächst als Auslegung des bestehenden Gesetzes, verlangt, ist nichts anderes als eine klare und unzulässige Umgehung des Gesetzes, die das Zentrum seinen Schülern erlaubt, und das es für sie fordert, daß nach der Entscheidung des Bundesrats über die Handhabung des Jesuitengesetzes einigermassen Klarheit, was die Regierungen der Einzelstaaten sich erlauben dürfen, so bedeutet der Wunsch des Zentrums tatsächlich nichts anderes als eine allmähliche Abschmelzung des Gesetzes, das wir erhalten haben wollen und das auch zahlreiche katholische Weltgeistliche nicht als ein Hindernis für unsere religiöse Kultur ansehen. Wir vermuten nach den Erfahrungen auf ähnlichen Gebieten, daß sich zwischen den andrängenden Jesuiten und den Weltgeistlichen nicht gerade das beste Verhältnis entwickeln würde, wir vermuten auch, daß sich vielfach die enge Beziehung zwischen Landgeistlichkeit und Gemeindegliedern lockern würde, wenn irgendwelche Patres sich dazwischen drängen. Ueberdies, und das ist eine politische Erwägung, vermuten wir, daß die politische Hegelei bei dem bekannten Charakter der Jesuiten sich noch ganz anders entwickeln würde, wenn wir diese unterkühlten Feinde aller staatlichen Freiheit erst im Lande hätten.

Die Stellung der Sozialdemokratie in der Jesuitenfrage ist bekannt. Sie steht auf dem Boden absoluter religiöser Freiheit und ist gegen die Beibehaltung des Jesuitengesetzes. Was der „Volksbote“ da in seiner Sorge um das Verhältnis der Geistlichkeit zu den Gemeindegliedern schreibt, ist eitel Flunzerei. Auf dem Wege kommt man dem Merkmalismus nicht bei. Das Jesuitenausnahmengesetz ist eines der wichtigsten Propagandamittel des Merkmalismus, mit dem er, wenn er auch sonst die allergrößten Freiheiten besitzt, ständig die Gläubigen in Atem zu halten versteht. Rät man die Jesuiten herein, so haben Merkmal und Zentrum dieses Agitationsmittel nicht mehr und schlimmer wie die Jesuiten, die wir schon im Lande haben, können die andern auch nicht sein, denn jene repräsentieren das non plus ultra in der Hege- und Wählbarkeit.

Sätten die Nationalliberalen sonst gegenüber den Machtgelehrten der Merkmalerei mehr Mäßigkeit, würden sie beispielsweise die politische Hege- und Wählbarkeit der Geistlichen nicht auch noch durch Bewilligung der Staatsdotationsunterstützung, würden sie insbesondere mit der Sozialdemokratie für eine moderne Volksschule ohne geistlichen Einfluß zu haben sein, so wäre dem Einfluß der politisierenden Geistlichkeit mit und ohne Jesuitentuttele bald ein Baroli geboten. Die Merkmal Propaganda muß man in ihrem eigenen Unrat verfaulen lassen. Mit Ausnahmegeetzen unterstützt man dieselben nur.

Der „Badische Beobachter“

regt sich darüber auf, daß in einer Kartellführung in Durlach die Abhaltung eines Maskenballes in der dortigen Festhalle mit Maskenprämierung beschlossen wurde und schreibt:

Die größere und wichtigste Angelegenheit der freien Gewerkschaften in Durlach ist also der Maskenball, zu dessen Unterstützung die Arbeiter noch besonders ermuntert werden, „speziell der Maskenprämierung wegen“. Auf eine solche positive Arbeit brauchen sich die freien Gewerkschaften wahrlich nichts einzubilden.

Das ist dummes Zeug. Der Maskenball ist nicht die größte und wichtigste Angelegenheit der freien Gewerkschaften in Durlach, sondern eine höchst nebensächliche und untergeordnete Sache gegenüber der politischen Arbeit der Gewerkschaften zum Wohle der Arbeiter, die eben dem Zentrum im Wege ist. Sonst würde ihm eine solche harmlose Sache nicht Gelegenheit geben, die freien Gewerkschaften zu begeißern.

Jugendbewegung.

Jungdeutschlandbund in Kommisstiefeln.

Wieder ergeht eine hohe Freudenbotschaft an die bürgerliche Jugendbewegung. Die Jungdeutschlandbünde werden für würdig befunden, die Füße schon vor der Militärszeit in preussische Kommisstiefeln zu stecken. In bürgerlichen Zeitungen liest man:

„Bei den Truppenteilen haben sich aus früheren Jahren kleinere Bestände von ungetragenen Kavallerietiefeln, Infanterietiefeln und Schnürschuhen in den kleinen Nummern 25, 26, 27 angesammelt, die für den Truppengebrauch nicht mehr verwendbar sind. Viele haben als Muster gedient, andere waren aus irgendwelchen Gründen unpaarig geworden, bei anderen entspricht die Form nicht mehr dem jetzt getragenen Muster. In dankenswerter Weise hat sich die Militärbehörde entschlossen, dieses Schuhzeug den vaterländischen Jugendvereinen zur Förderung der Jugendpflege zu überlassen. Dies ist um so wertvoller, als bekanntlich das Schuhzeug unserer Armee aus dem vorzüglichsten Leder hergestellt wird, wie es sonst nur bei den allertüchtigsten Schuhwaren Verwendung findet. Die Abgabe erfolgt zu einem mäßigen Abschlagspreis ausschließlich durch das königliche Zentralgefängnis in Berlin (Bez. Arnberg), das mit der Leitung der Wertung aller Altmaterialien der Heeresverwaltung betraut ist. Das neue Schuhzeug wird dabeilbst aufgefertigt, paarig zusammengefügt, nötigenfalls paarig umgearbeitet, so daß es für den Gebrauch durch junge Leute bei Wanderungen und Felddienfstellungen ausgezeichnet geeignet ist. Die Abgabe an Einzelbesteller ist ausgeschlossen. Berücksichtigt werden nur solche Bestellungen, welche durch den Vereinsvorstand unter dem Vereinsiegel mit der ausdrücklichen verpflichtenden Erklärung erfolgen, daß das Schuhzeug ausschließlich zum Gebrauch für jugendliche Vereinsangehörige bestimmt sei, dritten Personen nicht überlassen und auch nicht veräußert werden soll. Daß der Verein sich der vaterländische Jugendpflege widmen muß, falls er nicht einer der großen Jugendpflege-Organisationen, wie beispielsweise dem Jungdeutschlandbunde, angehört, durch ein Zeugnis der Polizeibehörde, des Bezirksausschusses für Jugendpflege oder am besten des Bezirksvertrauensmannes des Jungdeutschlandbundes nachgewiesen werden. Wenn berücksichtigt wird, wie in vielen ärmeren Landesteilen oder in den Industriestädten mit bedürftiger Bevölkerung das Streben, die Jugend wieder hinauszuführen in Feld und Wald, gerade daran scheitert, daß die Jungen gar kein oder schlechtes, ungeeignetes Schuhwerk haben, so kann die Benutzung dieser Gelegenheit, zu einem sehr mäßigen Preise vorzügliches Schuhwerk zu erhalten, den Vereinsleitungen warm empfohlen werden.“

So wird's gemacht! Mit Hurrageschrei lockt man nicht viel Proletarierjungen heran. Aber wenn man ungeschulten jungen Arbeitern freie oder ermäßigte Bahnfahrten, freie Unterkunft und nun gar noch Schuhzeug umsonst gewähren kann, läßt sich mancher arme Junge fangen. Vorbeugung ist allerdings, daß er „vaterländische“ Gefinnung heucheln muß, wenn er sie nicht hat. So will man denn mit preussischen Militärtiefeln „aus vorzüglichem Leder“ der bürgerlichen Jugendbewegung auf die Weine helfen.

Wäre es nicht doch vernünftiger, einmal den Ursachen nachzugehen, warum solch jugendliche „gar kein oder schlechtes, ungeeignetes Schuhwerk“ haben?

Wie was Verlorenes suchten und nahmen dabei von dem Kautabak, den der Soldat in der Hand hielt.

Wenn ein Fluchtversuch stattgefunden hatte, dann wurde im Städtchen Alarm geblasen und das Militär aufgeboten, daß denn auch regelmäßig den Flüchtling wieder zurückbrachte. Die Gefangenen, die tagsüber ausbrachen, versteckten sich in Scheunen und Speichern der Nachbarhäuser, um die Nacht abzuwarten, sie wurden aber immer aufgespürt. Während meines zwanzigmonatlichen Aufenthalts in Ludau wurden sieben Fluchtversuche gemacht, die alle scheiterten.

Die Wärrer wechselten häufig. Es waren meistens junge Leute aus der Stadt: Schuster, Klempner usw., die angeblich aus Mangel an anderen Kandidaten von der Verwaltung angestellt wurden, in Wirklichkeit aber wohl das Prinzip beweisen sollte, daß das Zuchthaus die Stadt ernähre. Ihr mehr oder weniger phlegmatisches und nachgiebiges Temperament erklärte die Häufigkeit der Fluchtversuche.

Es ist Sonntag. Draußen ist es ein Frühlingssomntag, voll Sonnenschein und Lachen. Vor den Fenstern des Direktors spielt eine wandernde Musikantentruppe, und der städtische Musikverein zieht mit Sang und Klang durch die Straßen.

(Fortsetzung folgt.)

Spieltage des Hoftheaters Karlsruhe.

Donnerstag, 29. Jan. A. 84. Neueinsstudiert: „Der Barbier von Bagdad“, komische Oper in 2 Akten von Peter Cornelius. Anfang 7 1/2 Uhr, Ende 10 Uhr.  
Freitag, 30. Jan. B. 35. „Wallensteins Tod“, dramatisches Gedicht in 5 Akten von Schiller. Anfang 7 Uhr, Ende gegen 10 Uhr.  
Samstag, 31. Jan. 31. Fort. auf. Ab. Einmaliges Gastspiel des Hof. Kapell. Kammerjägers John Forjell von Stockholm: „Don Juan“, große Oper in 2 Akten von Mozart. Don Juan: Kammerjäger John Forjell a. G. Anfang 7 Uhr, Ende 10 1/2 Uhr.

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

dem meinten Kägen, an denen ich eine wertvolle Kamme einmal einen Karpfen oder Kat abhaken kann, mocht sie die Erziehung, doch die billigeren Sorten der Gespinnststoffe sehr häufig einen unangenehmen Schammgeschmack besitzen, der bei der Verwendung unangenehm ist.

System habe, wird ihm als eine Schmach erachtet, wo durch die Ehre und der gute Name eines Menschen wiederbringlich zu Grunde gerichtet werde.

### Aus der Partei.

#### Zum siebzigsten Geburtstag Andreas Scheu's.

Andreas Scheu, der Dichter begeisterter Arbeiterlieder, der alte unermüdete Vorkämpfer des Sozialismus, der in drei Ländern zum Mitbegründer der sozialdemokratischen Partei wurde, beging am 27. Januar in voller Frische seinen siebzigsten Geburtstag. Andreas Scheu ist 1844 in Wien als der Sohn eines rheinischen Möbelfachlers und -Zeichners geboren, also ein Proletariatskind. Aber in ihm, wie in seinen beiden auch als Künstler bekannt gewordenen Brüdern, schlummerte von früh auf ein reiches Talent. Er wurde Vergolder und Zeichner, verzichtete aber auf eine geruhige Brotstelle, um sich schon in früher Jugend dem Kampf für die Erlösung der Arbeiter zu widmen. Als 23jähriger ist er dem Sozialismus durch das Studium der Schriften von Marx und Lassalle schon so nahe gerückt, daß er als Agitator und Organisator der eben in der Gründung begriffenen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs wirken konnte. Die junge österreichische Partei stand von Anfang an in den engsten Beziehungen zur deutschen Partei. Sie war geradezu ein Stück der deutschen Partei; die infolge des Bruderkrieges von 1866 stärker hervortretende großdeutsche Richtung konnte sich überhaupt nur eine einzige sozialdemokratische Partei für Deutschland und Oesterreich denken. So war es selbstverständlich, daß bei der Gründung der sozialdemokratischen Partei Eisenacher Richtung auch österreichische Delegierte, darunter Andreas Scheu, zugegen waren und intensiv mitwirkten. 1870 wurde die öffentliche Tätigkeit Andreas Scheu's jäh unterbrochen: die Wiener Arbeiter befanden sich im Kampf gegen das Ministerium Taaffe und veranstalteten am 13. Dezember 1869 eine gewaltige Demonstration für freies Vereinsrecht und für sozialistische Reformen. Der Schreck für den Herrschenden in die Knochen, als die gewaltigen Massen über den Ring und vor die Regierungsgebäude zogen, und man griff sich die Führer, Andreas Scheu, Noverwinder, Wolf, Hartung und eine Menge anderer, verhaftete sie im März 1870 und verurteilte sie in einer vom 4. Juli 1870 bis wochenlang laufenden Schwurgerichtsverhandlung wegen Hochverrats zu Kerkerstrafen bis zu sechs Jahren. Andreas Scheu erhielt fünf Jahre Kerker. Das Ministerium Taaffe wurde bald darauf gestürzt, ein „Bürgerministerium“ trat an seine Stelle, zu dem auch der bekannte Nationalökonom Schäffle gehörte, der in der Folge eine relativ-objektive Schrift „Die Dummheit des Sozialismus“ schrieb, später aber Bismarckanbeter und vom Sozialistenfollor befallen wurde. Das „Bürgerministerium“ trat an seine Stelle, zu dem auch der bekannte Nationalökonom Schäffle gehörte, der in der Folge eine relativ-objektive Schrift „Die Dummheit des Sozialismus“ schrieb, später aber Bismarckanbeter und vom Sozialistenfollor befallen wurde. Das „Bürgerministerium“ mußte die pflichtschuldige Amnestie erlassen und so erlangte Andreas Scheu im Februar 1871 seine Freiheit wieder. Der Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse, untermischt mit dem Kampf um eine eigene fähliche Existenz, begann aufs neue; er war zunächst ausichtslos. Die österreichische Regierung hatte die Lehren des Sozialismus für staatsgefährlich erklärt und alle öffentliche Tätigkeit unterdrückt. Andreas Scheu entschloß sich, 1874 nach England auszuwandern. Er mußte auch hier schwer um eine Existenz ringen, um so schwerer, als er keinen Augenblick zögerte, auch hier den Sozialismus unablässig zu propagieren. Bald scharte sich um ihn eine Gruppe hochintelligenter Männer, die dem Sozialismus zustrebten, darunter Belfort, Bar, Synoman, William Morris. 1884 wurde von ihnen die Democratic Federation gegründet, die sich kurz darauf zur Socialdemocratic Federation umwandelte und aus der in der späteren Zeit die englische sozialdemokratische Partei erwachsen ist. Die wichtigste der in England bestehenden sozialistischen Gruppen. So wurde Andreas Scheu also zum Mitbegründer der englischen Sozialdemokratie. Selbst in Schottland rief er Organisationen ins Leben und wirkte dort für den Sozialismus.

### Kommunalpolitik.

n. Bürgerausschussung in Teutshneurent. Endlich, nach drei Vierteljahren, findet am Freitag, 30. d. M., abends 8 Uhr, auf dem Rathause einmal wieder eine Bürgerausschussung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Berichtigung der Bahnhoftfrage. 2. Beratung der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge betr. a) Aufhebung des Schulgeldes, b) Verfertigung besserer Bahnverbindungen. Ein Antrag betr. Scharfschießen ist nicht dabei. Wir fordern die von unserer Seite gewählten Bürgerausschussmitglieder auf, zur Vorbesprechung heute Mittwoch abends 8 Uhr in der „Krone“ vollständig zu erscheinen. Es sei noch mitgeteilt, daß die Bürgerausschussungen öffentlich sind, also jedermann Zutritt hat. Bis jetzt wurde von diesem Recht noch kein Gebrauch gemacht.

\* Bürgerausschussung in Gaggenu. Donnerstag, den 29. Jan., abends 7 Uhr, findet eine Bürgerausschussung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Zustimmung zu drei Schuldenentlastungsplänen; 2. Kapitalaufnahme zur Bestreitung des Aufwands für Erweiterung der Wasserleitung im Jahre 1913; 3. Umwandlung der gewerblichen Fortbildungsschule in eine Gewerbeschule.

\* Ein neues Stadium der Elektrizitätsfrage in Fahr. Nach einem seinerzeit vom Stadtrat Fahr veröffentlichten Schreiben der G.L.G. in Berlin ist diese Gesellschaft von ihrem Angebot bezüglich des Abschlusses eines Vertrages mit der Stadt beim Fahr Straßenbahn zwecks Gründung einer Gesellschaft zur Uebernahme des Elektrizitätsnetzes und Elektrifizierung der Straßenbahn zurückgetreten, nachdem der Bürgerausschuss die Vorlage des Stadtrats bis zum 31. Dezember nicht unangeändert angenommen hatte. Diese Tatsache hat nun eine Anzahl Fahrter Bürger veranlaßt, um das Projekt nicht zu gefährden, mit einer anderen großen Gesellschaft in Verbindung zu treten. Die Verhandlungen mit derselben sind nun, wie wir hören, soweit gebiehn, daß die neue Gesellschaft sich bereit erklärt, in die Vorschläge der G.L.G. bzw. G.L.G. einzutreten, sogar noch bedeutend weitergehende, den Wünschen der Bürgergesellschaft zugebende und mehr im Interesse der Stadt gelegene Angelegenheiten zu machen. Auf den weiteren Verlauf der Sache darf man jedenfalls gespannt sein.

\* Bürgermeisterwahlen. Die kürzlich in Rickenbach abgehaltene Bürgermeisterwahl ist ergebnislos verlaufen. Gastwirt Gerspach, der die meisten Stimmen auf sich vereinigte, hat die Wahl ausgeschlagen, da er sich nicht entschließen konnte, das Gastwirtsgeerbe aufzugeben. — Bei der Bürgermeisterwahl in Hornberg stimmten von 49 Wählern 36 ab. Gewählt wurde mit 32 Stimmen Fortwart G. Huber.

\* Eingemeindungspläne in Konstanz. Die Oberbürgermeister Dr. Weber in der letzten Stadtratsitzung mitteilte, haben die Eingemeindungsverhandlungen der Stadt Konstanz mit der Gemeinde Ulmansdorf zu einer Einigung geführt. Falls die Bürgerausschüsse der beiden Gemeindeverwaltungen sich für die Eingemeindung aussprechen, wäre es möglich, daß nach diesem Landtag eine entsprechende Gesetzesvorlage über die Vereinigung von Ulmansdorf mit Konstanz unterbreitet würde.

\* Wohnungsmarkt und Bautätigkeit in Freiburg im Jahre 1913. Das städtische statistische Amt der Stadt Freiburg hat soeben einen Ueberblick über den Freiburger Wohnungsmarkt und die Bautätigkeit im Jahre 1913 erscheinen lassen. Darnach war die Bautätigkeit in Freiburg im Jahre 1913 weit lebhafter als in den 5 vorausgegangenen Jahren. Während die Kleinwohnungen (1-3 Zimmer) sich um 85 und die mittleren (4 und 5 Zimmer) um 31 vermehrt haben, ist bei den großen Wohnungen (6 und mehr Zimmer) eine Abnahme um 13 zu verzeichnen. Der reine Zuwachs an Wohnungen beträgt 323 gegen 280 im Jahre 1912.

\* Der Riesenpump von Freiburg. Am kommenden Freitag tritt der Bürgerausschuss zusammen zur Beratung über die Uebernahme eines Anlehens im Betrage von 10 Millionen Mark und entsprechende Ausgabe von Schuldverschreibungen.

\* Die Stadtverordnetenwahlen in Mainz am 4. Dezember vor. Es endeten bekanntlich mit einem vollen Erfolge der Sozialdemokratie. Die vereinigten ultramontan-freiwirtschaftlich-nationalliberalen Gegner erhoben gegen die Wahl Einwendungen, die am Samstag vor dem Kreisauschuss in Mainz zur Verhandlung kamen. Der Kreisauschuss erklärte die auf den gewählten Genossen Haichbiel entfallenden Stimmen für ungültig und seinen um mehr als 50 Stimmen zurückgebliebenen nationalliberalen Gegner als gewählt. Vor sechs Jahren waren gegen einen nationalliberalen Gewählten dieselben Einwendungen erhoben worden; damals aber erklärte der Kreisauschuss die Wahl für gültig. Diesmal war es eben ein Sozialdemokrat. Das Urteil über die angefochtenen 16 Mandate der inneren Stadt wird erst am 31. d. M. verhängt.

\* Der Riesenpump von Freiburg. Am kommenden Freitag tritt der Bürgerausschuss zusammen zur Beratung über die Uebernahme eines Anlehens im Betrage von 10 Millionen Mark und entsprechende Ausgabe von Schuldverschreibungen.

### Bewerkschaftliches.

\* Differenzen in der Schuhfabrik von S. Ross in Speyer. Durch eine schriftliche Eingabe an die genannte Firma hatten die Arbeiter und Arbeiterinnen um die Einführung der 8stündigen wöchentlichen Arbeitszeit ersucht. Ohne eine Verständigung mit dem Personal zu suchen und ohne überhaupt zu verhandeln, hat die Firma am Samstag fast sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen gekündigt; sie verlangte einfach die Zurückziehung der Forderung durch die Arbeiter. Die Arbeiter sind entschlossen, den Kampf, der ihnen aufgezwungen wird, zu führen. Die Firma wird sofort verurteilt, Arbeitsplätze anzuweisen. Zugut ist strengstens fernzuhalten.

\* Keine Entlassung von Eisenbahnarbeitern. In einem Ertrag des Ministers der öffentlichen Arbeiten hieß es u. a.: „Insofern eine sofortige Verminderung des Personals nicht möglich sei, sollen wenigstens die erforderlichen Vorbereitungen getroffen werden.“ In der Tagespresse wurde darauf verwiesen und die Verächtlichkeit ausgesprochen, daß Arbeiterentlassungen angeordnet oder wenigstens geplant seien. Wie jetzt halbamtlich gemeldet wird, kommt hier jedoch lediglich eine Verminderung des Zugspersonals in Frage, das selbstverständlich einer anderen Stelle, an der Bedarf besteht, überwiesen werden soll. Im übrigen sei bezüglich des Arbeiterpersonals der Staatsbahnverwaltung noch auf eine ausbrückliche, schon seit Jahren bestehende Anordnung des Ministers der öffentlichen Arbeiten hingewiesen, wonach Ausschussbedienstete und Arbeiter, die infolge des Verkehrsrückgangs und der dadurch hervorgerufenen Abnahme der Dienstgeschäfte auf den Bahnhöfen oder an anderer Stelle unbeschäftigt geworden sind, aus diesem Anlaß unter keinen Umständen aus dem Eisenbahndienst entlassen werden dürfen. Solche Bedienstete sind vielmehr an anderer Stelle zu beschäftigen und überall da zu verwenden, wo infolge des natürlichen Aufwachsens von Arbeitskräften Bedarf eintritt.

Der Not des Daseins, die in ihm schon das Verlangen nach dem Selbstmord entzündet, entriß ihm 1788 ein Ruf nach Zürich, von woher ihm eine Hauslehrerstelle angeboten wurde, die er annahm. Zwei Jahre lang lebte er nun in der Schweiz, wo er seine Lebensgefährtin fand und die Freundschaft Pestalozzis genos.

Die kantische Philosophie trat in seinen Gedankenkreis. Aber nicht in theoretischen Attraktionen verlor er sich; vielmehr suchte er mit aller Kraft seiner talentvollen Natur nach der praktischen Anwendung philosophischer Erkenntnis. Sein polemischer Instinkt, im heißen Daseinskampfe gewiegt, führte ihn zum Studium der sozialen Erscheinungen, machte ihn zum Staatskritiker, zum Politiker!

Fichte, der Proletariatskämpfer, der alle Leiden und Schwermühsigkeiten, die sich dem Arnen auf dem Wege zur Gesseshöhe entgegenstellten, ausgekostet, Fichte mußte Revolutionär werden und die gesamten Gesellschaftsverhältnisse seiner Zeit für faul erklären. Und auf dem Umwege über die Philosophie gelangte er zu Anschauungen über den Staat, die denen des lassendewußten Proletariats, die denen des Sozialismus vorausgehen sind. Und wir gedenken daher heute weniger des metaphysischen Philosophen Fichte, wir feiern ihn nur als den großen Politiker, als welcher er ein unüberwundener Vorkämpfer des modernen Sozialismus gewesen ist!

Es ist nicht ein bloßer frommer Wunsch für die Menschheit, sondern es ist die unerlöschliche Forderung ihres Rechtes und ihrer Bestimmung, daß sie so leicht, so frei, so gebietend über die Natur, so echt menschlich auf der Erde lebe, als es die Natur nur eben gestattet. Der Mensch soll arbeiten; aber nicht wie ein Lauffuhr, das unter seiner Würde in den Schlaf sinkt und nach der notdürftigsten Erholung der erschöpften Kraft zum Tragen derselben Bürde wieder aufgestört wird. Er soll angeltos mit Lust und mit Freudigkeit arbeiten und Zeit übrig behalten, seinen Geist und sein Auge zum Himmel zu erheben, zu dessen Anblick er gebildet ist!...

Das ist der Grundgedanke aller politischen Bestrebungen Fichte's! Aus den Prinzipien der allgemeinen Menschenrechte heraus erklärte er in seiner 1793 erschienenen Schrift „Verträge zur Verwirklichung der Urteile des Publiums über die französische Revolution“ die Verwirklichung dieser großen Menschheitsbewegung. Aus den miserablen französischen Zuständen und aus denen der anderen europäischen Länder im achtzehnten Jahrhundert abstrahierte er seine Ansicht. Das Volk muß über aller Regierungsgevalt stehen, und es ist sein einfachstes und natürlichstes Recht, sich gegen eine Staatsregierung zu empören, wenn diese seinen Willen verachtet, es mit Willkür behandelt. Die politische Freiheit in jedem Staatswesen muß das höchste aller Gesetze sein und solange sie nicht besteht, darf das Volk sie, auch mit Revolutionen, erzwingen. Die Republik stellt, weil in ihr der Volkswille oberste Macht, die höchste und freieste aller Staatsformen dar. Der Absolutismus, die Selbstherrlichkeit der Fürsten, die Junkerwirtschaft, die Vorrechte des Adels: sie alle sind Verunstaltungen am nationalen Organismus, die beseitigt werden müssen, sollen allgemeine Freiheit und Gleichheit für alle Volksgenossen möglich sein. Kein Mensch hat das Recht von Arbeit anderer zu leben. Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!

Die ganze herrschende Wirtschaftsordnung mit ihrer Reichthumsäußerung auf der einen und Massenarmut auf der anderen Seite wollte schon Fichte beseitigt wissen. In seinen großartigen Werken „Handelsstaat“ (1800) und „Staatslehre“ (1813) entwirft er das Bild einer idealen Staats- und Wirtschaftsordnung, die gegründet ist „auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantitz trägt“. Der Staat verfügt über alle Produktionsmittel. Die Produktion und Güterverteilung werden so organisiert, daß sich über alle Teile der Nation ungefähr derselbe Wohlstand ergießen kann. Jeder ist im Stande, ebenso gut wie sein Nachbar zu leben, keiner ist dem anderen in wirtschaftlicher oder politischer Beziehung nach- oder vorausgestellt. Weiter hofft Fichte auf einen Bund aller Völker, der von den höchsten Prinzipien der Vernunft und Freiheit regiert werde. Damit ist der ewige Friede gesichert und dem Militarismus — den Fichte in vielen Auslassungen auf das graufamste zergaust und verspottet — der Untergang bereitet!

Diese Gedankengänge Fichtes sind sozialistisch. Wenn er auch vielfach auf falschen Voraussetzungen und Prinzipien fußt: was will das heißen gegen die Kühnheit und Größe seiner Forderungen, die in der Aufstellung eines sozialistischen Staats- und Kulturorganismus gipfeln! Fichtes „Staatslehre“ ist das kostbarste Vermächtnis, das er dem modernen Proletariat hinterlassen hat, denn sie vertritt die Herrschaft der Vernunft und Gerechtigkeit, die der moderne Klassenkampf vertrittlichen soll!

In seinen „Reden an die Deutsche Nation“, die er im Winter 1807/08 in der Akademie in Berlin gehalten hat, zeigte sich Fichte durchaus nicht etwa als teufischer Surrepatriot, wie ihm das von bürgerlicher Seite so gern und so oft unterworfen wurde und noch wird. Im Gegenteil, auch sie bilden nur

### Johann Gottlieb Fichte.

Zum 100. Todestage am 29. Januar 1914.

„Denken und Handeln muß aus einem Stüde sein!“

Vor hundert Jahren, am 29. Januar 1814, starb in Berlin der Verfasser einiger der gewaltigsten, glükstigen Werke, welche der Gesinnung des erhabenen Idealismus entspringen, der Redner an die Deutsche Nation, Johann Gottlieb Fichte! Ein Mann der Tat, ein Philosoph des praktischen Handelns, nicht nur des theoretischen Problemformulierens ist er gewesen. Im Dienste der Freiheit, der Lösung Deutschlands aus französischer Herrschaft ging er dahin: das Hospitalfieber, an dem seine iphosphor pensars i . deutschland ~~WIRTSCHAFTS~~ Gattin während ihrer aufopfernden Pflege von Wermundeten aus den Freiheitskriegen erkrankte, ergriff auch ihn und ent-rastete ihn dem Leben.

Johann Gottlieb Fichte ging aus proletarischen, allerdürftigsten Verhältnissen hervor. Als Sohn blutarmer Webersleute und Hausierer erblickte er in Rammenau, einem Dorfe der oberen Laußis, am 19. Mai 1762 das Licht der Welt. Frey schon ward er in das Joch des Broterdienstes gespannt. Acht Kinder hatten seine Eltern zu versorgen und da mußte jedes nach Kräften zum Unterhalte der Familie beitragen. Die Hausiererei mit den Erzeugnissen der Eltern lag ihnen ob. Johann Gottlieb betätigte sich auch als Schäfer und Gärtner. Aut irgend welche Weise erweckte er das Interesse eines Freiherren von Miltiz für sich, der sich seiner annahm und ihn auf die Schule in Meißen schickte. Nach dem Tode seines Vaters kam er auf die Fürstenschule zu Schulpforta, allwo auch Lessing einstmals gebauft.

Saum 16 Jahre alt, bezog Fichte vollkommen mittellos die Universität in Jena, um Theologie zu studieren, nicht aus innerem Herzensdrang, sondern nur, um recht bald eine bürgerliche Verorgung zu finden. Als Hauslehrer verdiente er sich vorläufig seinen Unterhalt. In der Gottesgelahrtheit aber brachte er es nicht weit; es ging ihm wie seinem großen Zeitgenossen und Gleichstrebenden Johann Gottfried Zeune: seine unrichtige Natur bäumte sich gegen den harten Zwang des religiösen Dogmas. Mit philosophisch-geschichtlichen und juristischen Studien füllte er seine Zeit aus. Lessings Werke nahmen ihn gefangen und steiften ihm den Waden und Charakter gegen alle Wechselfälle des Lebens

bewirgen Unterbrechern zu Teil mitb. Der Stadtrat aber, selbstfällige Regierung. Der Staat kann ne witen und unter die größte, die Götten, auf das höchste Geer der Straßen fällt, in ein Handwerk möglich und begerlich. — Stadt von Schonen ihres Gleichen können hieft Stadten Freitag zu beständiger haben. — Fichte's von stützen, über Strohoben

Der Staatsmann. Von S. G. Fichte.

Das sehr beschriebenen, ständen sehr beschriebenen ständen ohne aus hat sehr etwas hingehört. Ein folgender wird bloß zu betrogen, wenn beim begehren, die die vom ihm geschlichtete und nachgedachte Mördergegend auert, gebrauchte nachgeheimt hatten; und worauf sie beim bei Gefährdung

g. Die Elektrizitäts- und Gasversorgung von Bretten. Seit wenigen Monaten ist auch hier elektrische Energie, bezogen von der badischen Eisenbahn, die den Strom vom Kraftwerk Engberg bezieht, eingeführt und man hört seitens der kleinen Handwerksbetriebe wie der Landwirte nur Lob über diese vorteilhafte Einrichtung. Die Stadtverwaltung hat die elektrische Kraftversorgung in städtische Regie übernommen, sie ist weiter auch bemüht, neben diesem Unternehmen auch die Gasversorgung auszubauen und hat zu diesem Zweck Gasautomaten oder Ringgasmesser eingeführt, um auch den minderbemittelten Schichten den Gaskonsum zu ermöglichen. Die Erstellung der Leitung wird auf städtische Kosten ausgeführt, der Konsument bekommt 500 Liter Gas für 10 Pf., während die anderen Gasbezieher mit eigener Leitung 16 Pf. pro 1000 Liter zu zahlen haben. Die Gasmessermiete beträgt 20 Pf. pro Monat. Es paßt nun den hiesigen Installateuren nicht, daß die städtische Verwaltung die Leitung legt; in einem „Eingekandt“ im hiesigen Lokalblatt lassen sie einen Artikel los, in dem sie behaupten, sie würden um ihren Verdienst gebracht, sie müßten auch ihre Umlagen bezahlen und könnten die Leitung billiger liefern als die Stadt usw. Das glaubt wer will. Man weiß ganz gut, wie es die hiesigen Installateure verstehen, ganz gelassene Rechnungen zu machen. Die Hauptsache ist aber, daß während man es den Installateuren mit teurem Geld bezahlen müßte, und zweitens würde es sich mancher Minderbemittelte überlegen, ob er Gasinstrument werden soll, wenn er die Leitung bezahlen müßte. Dem Gemeinderat möchten wir empfehlen, fest an dem Beschluß zu halten, denn nur dadurch ist es möglich, den Gaskonsum zu heben zum Wohl der Stadt wie der Minderbemittelten.

### Berichtszeitung.

**Die Schreckenstaten des Lehrers Wagner vor Gericht.**  
Heilbrunn, 26. Jan. Die Schreckenstaten des Lehrers Wagner aus Degerloch, die Anfang September v. J. weit über die engeren Heimat hinaus allgemeines Entsetzen hervorriefen, werden, nunmehr, nachdem die Voruntersuchung abgeschlossen ist, der Aburteilung durch das zuständige hiesige Schwurgericht unterliegen, vor dem bereits Termin zur Hauptverhandlung angesetzt ist. Die Anklage lautet auf fünf vollendete Morde in Degerloch, zehn vollendete Morde in Mühlhausen, zehn versuchte Morde in Mühlhausen und neun Versuchen der vorsätzlichen Brandstiftung. Das ist eine Strafliste gegen einen einzigen Menschen, wie sie wohl noch keinem deutschen Gericht vorgelegen hat.  
Wagner ist im Jahre 1874 in Eglishaus als Sohn eines Bauern geboren und besuchte zunächst die Volksschule. Dann bezog er das Lehrerseminar in Ehlingen und hatte nach bestandener Prüfung verschiedene Lehrstellen inne. Vor zwölf Jahren kam er nach Mühlhausen a. S. und fing hier ein Liebesverhältnis mit der Tochter des Adlerwirts an, das nicht ohne Folgen blieb. Erst ein Druck von Seiten der Verwandten des Mädchens, die drohten, ihn eventuell in seiner Lehrerstelle unmöglich zu machen, veranlaßten Wagner, die Verführung zu beenden. Nach mehrmaligen Verletzungen erhielt er dann die Hauptlehrerstelle in Degerloch. Die erste Auffassung, daß es sich bei Wagner um einen gemeingefährlich Geisteskranken handle, hat sich nach den Beobachtungen der Ärzte im Krankenhaus nicht aufrecht erhalten lassen. Von einer verminderten Zurechnungsfähigkeit kann bei ihm auch keine Rede sein, denn seine Handlungsweise ist streng logisch aufgebaut. Doch scheinen gewisse Anzeichen darauf hinzuweisen, daß Wagner auf sexuellem Gebiete nicht ganz normal ist. Er unterhielt verschiedene Liebschaften und verkehrte in Stuttgart mit über belumundeten Frauengimmern. Dazu kam eine Neigung für alkoholische Getränke, wenn auch in gewissen Grenzen.  
Die erste verantwortliche Vernehmung des Angeklagten erfolgte im Krankenhaus, sobald sein Zustand es gestattete. Wagner gab dem Untersuchungsrichter gegenüber an, daß er schwerer unter der Last früherer Delikte auf sexuellem Gebiete zu tragen gehabt habe. Aus gewissen Anhaltspunkten habe er entnommen, daß seine Verführungen in Mühlhausen bekannt waren, zumal dieses die Stätte seiner Verführungen gewesen sei. Er habe daher beschlossen, aus dem Leben zu scheiden, dabei aber seine Familie mitzunehmen. Vorher wollte er aber noch Nachbarn an den Bewohnern von Mühlhausen nehmen, die er für sein Unglück verantwortlich machte. Wagner gab ferner zu, die Tat planmäßig vorbereitet zu haben, indem er sich drei Selbstabwischen und 80 Patronen kaufte. Abgegeben von seiner pervertierten Veranlagung auf sexuellem Gebiete scheint bei Wagner ein gut Teil Einbildungskraft tätig gewesen zu sein. Er hielt sich für einen verkannten Menschen, las Nietzsche und suchte seine Erholung oft in der Stuttgarter Landesbibliothek, wo er sich mit Vorliebe hinter alten Polianen verschanzte.  
Charakteristisch für den Angeklagten sind zwei Briefe, die der Mörder dem Stuttgarter Neuen Tagblatt aus dem Krankenhaus gehen ließ. In dem ersten, der die Ueberschrift „An mein Volk“ trägt, erklärt Wagner, es sei das Volk so viel, die Hälfte solle man gleich totschlagen. Wörtlich heißt es dann: „Ich habe viel leiden müssen. Ich bin verpöthet und gehetzt worden von gemeinen Menschen. Ich binne von einer abgrundtiefen Niedertretung der Menschen erzählen, wenn ich nicht glaubte, daß ich mich selber dabei nur blamierte. Wenn habe ich übles getan? Es soll der aufstehen, dem ich zu Schaden gelebt habe. Aber Ihr nehmet Anstoß an meiner Sünde? O, der Hügel! Die allergrößte Freude hat sie Euch bereitet. Das

war ein Fressen für Euren schmutzigen Küssel... Seit 6 Jahren ist mein fester Gedanke Mord. Er erwachte mit mir und legte sich nieder mit mir. Er sidete mich in meiner Arbeit und ängstigte mich in meinen Träumen. Wer hat so oft wie ich Dolch und Beil zu Weltgenossen gehabt? Ich glaube an keinen Gott. Aber hätte ich diesen Glauben, auf den Knien wollte ich rutschen und diesen Gott anflehen, daß er mich morden lasse, den Teufel wollte ich anflehen, wenn ich Weisheit von ihm zu erwarten hätte.“ — In diesem Tone geht es noch eine ganze Weile weiter. Der zweite Brief ist „an die Lehrerschaft“ gerichtet. Er bittet seine Kollegen, sich jede Entrüstung zu erparen und dankt für ein etwaiges Gefühl freundlicher Teilnahme an seinem Gescheh.

Die Erregung der Bevölkerung über die Schreckenstaten Wagners zitterte noch lange nach. Als der Vater im Krankenhaus lag, wurde von dem Sohne eines seiner Opfer der Versuch gemacht, in das Krankenhaus heimlich einzudringen, um den Mörder zu lynchen. Für den bevorstehenden Prozeß werden denn auch umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen werden.

### Aus dem Lande.

**Durlach.**  
\* Auf in die Versammlung! Jeder organisierte Arbeiter, der den Wert des Konstitutionsrechts begriffen hat, kommt heute abend in die öffentliche Volksversammlung im „Lamm“, in der Landtagsabg. Böttcher-Mannheim über die Frage des Konstitutionsrechts spricht.  
\* Bedürfen wir noch der Kirche? lautet das Thema eines am Sonntag nachmittag halb 8 Uhr im „Blumensaal“ stattfindenden öffentlichen Vortrags des Herrn Dr. R. Weich, Prediger der freireligiösen Gemeinde in Ludwigsbafen. Die Veranstaltung der Versammlung geht von dem „Komitee Konfessionslos“ aus.  
**Bruchsal.**  
\* Festungsaufführung. Das diesjährige Festungsbergnügen des Gewerkschaftsartells findet am Sonntag, 8. Februar, abends 8 Uhr, in der Festhalle zum „Kaiserhof“ statt. Die Vorbereitungen lassen darauf schließen, daß die Veranstaltung den früheren in nichts nachstehen wird, sobald jedem Teilnehmer einige genutzte Stunden bereitet werden. Nach den tarnevalistischen Veranstaltungen findet großes Tanzbeisammeln statt unter den Klängen der neuesten Kornwalzer. Ein zahlreicher Besuch dürfte auch diesmal zu erwarten sein.  
\* Bürgerauskunftung. Am Montag nachmittag fand in der städtischen Turnhalle eine Bürgerauskunftung statt. Auf der Tagesordnung stand nur ein Punkt: „Der Abschluß eines Dienstvertrags mit dem neuen Oberbürgermeister“. Stadtrat Liemann leitete die Sitzung. Anwesend waren 56 Mitglieder des Zentrums, 2 Konfessionelle und ein Sozialdemokrat. Liberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten waren der Sitzung ferngeblieben. Der Vertrag wurde mit allen gegen eine Stimme des Sozialdemokraten angenommen.  
**Baden-Baden.**  
\* Die städtischen Betriebswerke haben im verfloffenen Jahre finanziell günstig abgeschlossen, da sie nicht nur die voranschlagmäßigen Beiträge zur Stadtkasse, sondern auch darüber hinaus leisten konnten. Es haben abgeliefert das Wasserwerk 178 000 Mark (gegenüber dem Voranschlag mehr 10 000 Mark), das Gaswerk 285 000 Mark (mehr 15 000 Mark), das Elektrizitätswerk 177 000 Mark (mehr 20 000 Mark). Die Mehrerträge mit 45 000 Mark sind den bestehenden Reservefonds zugeflossen worden. Die Straßens- und Bergbahn hat für Verzinsung und Tilgung 60 800 Mark Mark und zum Erneuerungsfonds 26 250 Mark beigetragen.  
**Offenburg.**  
\* Die hiesige Vorschußkassa kann in diesem Jahre auf ein 50jähriges Bestehen zurückblicken.  
**Forstheim, 26. Jan.** Seit Sonntag wird ein 12jähriges Mädchen, Emma Mord, vermisst. Es wird angenommen, daß dem Kind etwas zugefallen ist. — Ein 20jähriges Mädchen suchte in seiner hiesigen Wohnung sich durch Gift das Leben zu nehmen.  
**Heidelberg, 27. Jan.** Einen furchtbaren Tod erlitt am heutigen abend gegen 6 Uhr das etwa 10jährige Mädchen des Schuhmachers M e t e r in Heidelberg dadurch, daß dasselbe die noch leuchtende Glühbirne des Redars unterhalb der neuen Brücke betrat, einbrach und seinen Tod unter der Glühbirne fand.  
**Badenburg, 27. Jan.** Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern beim Eisport. Der 19jährige Sohn des Strahnenwärters Sauer wollte auf einer losgelassenen Eisplatte Stromabwärts fahren, wobei die Platte durch einen Anstoß zerbrach und der Knabe in die Fluten fiel und ertrank.  
**Freiburg i. Br., 27. Jan.** Ein bedauerliches Unglück, das den Tod eines jungen Mannes zur Folge hatte, ereignete sich gestern. Der 21jährige stud. med. Erhardt, Sohn des Hauptlehrers Erhardt, rannte am Wäbener Ufer bei einer Eisfahrt gegen eine Kanne, wobei ihm ein Ast in den Leib drang. Neuzügliche Hilfe war vergebens. In der Klinik starb der junge Mann.  
\* Zell i. B., 27. Jan. Der 50jährige Arbeiter R. Schimid wurde in der hiesigen Gießerei tot aufgefunden. Er hatte sich

auf dem Trodenofen schlafen gelegt und war wahrscheinlich durch Einatmen von Gasen erstickt.  
\* Kleinlaufenburg, 26. Jan. In Laufenburg wurde am Samstag im Gerichtsgebäude ein schwerer Einbruch verübt. Die Einbrecher, Wildenmannwirt Erik Hugel und Schloffer Dengler in Siffeln, hatten es auf die dortige Kasse der Bezirksverwaltung abgesehen, die über 20 000 Fr. Bargeld enthielt. Das durch den Aufbruch des Kassenkastens verursachte Geräusch wurde bemerkt und die Diebe flüchteten. Doch wurde Hugel, der sich auf badisches Gebiet geflüchtet und in Murg eine Fabrik nach Donaueschingen gelockt hatte, von dem Gendarm Kap-Kleinlaufenburg auf dem dortigen Güterbahnhof im Zuge — Hugel hatte sich in dem Abort verborgen — festgenommen und ins Amtsgefängnis Säckingen eingeliefert. In seiner Reistafel befanden sich 700 Fr. Hugel gestand den Einbruch ein und nannte auch seinen Komplizen, dessen man aber noch nicht habhaft werden konnte. Beide sind verheiratet und Familienväter.

### Neues vom Tage.

**Fliegerunfälle mit tödlichem Ausgange.**  
London, 27. Jan. Der bekannte englische Aviatiker Bibbs stürzte gestern abend auf dem Flugfelde von Salisbury ab und war sofort tot.  
**Newport, 27. Jan.** Eine Depesche aus Guadeloupe meldet, daß der französische Aviatiker Reybaud am vergangenen Samstag bei einem Schaufflug in Wasser-Terre aus 80 Meter Höhe abstürzte, auf das Dach einer Fabrik fiel. Er starb infolge innerer Verletzungen wenige Stunden darauf.  
**Selbstmord einer Millionärin.**  
Newport, 27. Jan. Frau Josephine Amend, eine in der Newporter Gesellschaft wohlbekannte Millionärin, beging gestern Selbstmord, indem sie sich aus dem 12. Stockwerk eines Hauses auf die Straße stürzte. Frau Amend hatte vor einiger Zeit ihren Gatten durch den Tod verloren und zeigte seit jener Zeit Zeichen von Geistesgekränktheit.  
**Restante Arbeit.**  
Newport, 15. Jan. Hätte es der Automobilfabrikant Herr Ford von Detroit, Michigan, auf eine durchschlagende Reklame für seine Fabrikate abgesehen, so wäre kein besseres Mittel zu erdenken gewesen, als die soeben gemachte Anfindung, seine Arbeiterkraft solle von jetzt ab am Betriebsgewinn Anteil haben, und seiner Schätzung nach werde damit der Mindestlohn des geringsten Tagelöhners fünf Dollars pro Tag (bisher die Hälfte) ausmachen. Sein Name ist jetzt vom Atlantischen bis zum Stillen Ozean auf aller Lippen. Unter großen Leber-schreien preisen die Zeitungen seine Tat, die Geistlichen predigen über ihn, man gründet nach ihm benannte Vereine und daß wird wohl auch eine Zigarre den Namen „Ford“ tragen. Herr Ford, ein „self made man“, beschäftigt 80 000 Mann; wenn er aber alle, die in den letzten Tagen in seinen Werken Beschäftigung gesucht haben, hätte anstellen wollen oder können, so würde er wohl die fünfsache Zahl von Leuten auf der Zählliste haben. Sobald sich nämlich die Kunde von der sozialen Bestimmung der Autofabrikanten verbreitet hatte, strömten ganze Arbeiterbeere nach Detroit und gestern Morgen standen in der bittersten Kälte nicht weniger als 15 000 Mann vor den Toren seiner Fabrik Arbeit heischend. Daß er mit seiner Anfindung Reklame beabsichtigt hat, ist durchaus nicht anzunehmen, denn er ist augenscheinlich nicht der Mann, der immer neues Geld aufzuhäufen trachtet. Er und seine Familie leben in der einfachsten Weise auf einer Farm, obwohl sein Einkommen jährlich in die Millionen geht. Gegen Kapitalanlagen in anderen Betrieben als in seiner Fabrik hat er eine große Abneigung, weil er, wie er einmal einem Freunde erklärte, nicht wüßte, was er mit dem neuen Gelde, das die Anlagen brächten, tun solle. Aus diesem Grunde hat er sein ganzes Vermögen in Bar in den Banken von Detroit deponiert, etwa 15 000 000 Dollars. Da eine einzige Bank nicht ohne weiteres eine Million oder mehr an Depositionen zurückzahlen könnte, haben diese Institute eine Vereinbarung getroffen, solidarisch zu handeln, falls Herr Ford einmal sein Geld, das ohne Kündigung abgehoben werden kann aus einer Bank ziehen sollte. Die Automobilwerke bringen etwa 20 000 000 Dollars Betriebsgewinn pro Jahr, wovon den Arbeitern jetzt die Hälfte zugehen soll.  
**Tödtlicher Unfallfall.**  
Macon, 27. Jan. Heute Morgen 6 Uhr stieß in der Grube von Epinar der Förderkorb auf der Höhe der ersten Sohle zu fest auf die Haltetische auf und wurde vollständig zertrümmert. Der Korb sauste in die Tiefe, wo er zerfiel. Dabei wurde ein Arbeiter buchstäblich in zwei Stücke zerrissen, ein anderer tödlich verletzt.  
**Mord und Selbstmord.**  
Mogador, 27. Jan. In der Nacht zum 28. d. M. hat ein Unteroffizier von den Tirailleurs durch Gewehrschüsse vier Personen getötet, eine fünfte verletzt und dann sich selbst erschossen.

### Die Rentabilität der Metall- u. Maschinenindustrie im Industriebezirk Karlsruhe.

Die Aktionäre der Karlsruher Maschinen- und Metallindustrie haben wieder ein glänzendes Jahr geschäftlichen Erfolges hinter sich. In selten ergebiger Weise wurde das goldene Jubiläum des Glüdes und Reichturns über sie ausgeleert. Der Schweiß einer Armee von Industrieproletariern — in Werksrat und Bureau — wurde in Gold umgemünzt und den Herren „Unternehmern“ in den Schoß geworfen. Und diese hatten keine moralischen Bedenken gegen die Annahme. Non olet! Im Gegenteil, sie pochen darauf, allein das Recht auf den Ueber-schub, den Profit, zu haben.  
Es ist doch recht seltsam in unserer Gesellschaft eingerichtet, wer sich das ganze Jahr über müht und plagt, wer die Verantwortung für das Gelingen des Werkes trägt, kann froh sein am Ende des Jahres bei sich kein Defizit zu haben. Die Nichtstuer hingegen, die vielfach nichts weiter von „Ihrer“ Fabrik wissen, als die Kurshöhe der Aktien, beimsten Tausende und Abertausende ein. Die Arbeitenden geben, durch ein ausgeklügeltes, raffiniertes Aufsichtssystem, von Vorgelegten aller Art noch angetrieben, alles was sie haben, ihre Kraft, Gesundheit und oft das Leben, und erhalten kaum das zum Leben nötige die Kapitalisten geben nur das von andern geschaffene Kapital und bekommen dafür fast alles.  
Darum preisen sie auch mit viel schönen Reden unserer heutige Kultur, im selben Atemzuge sprechen sie von der Begleichheit der Arbeiter.  
Fast 10 Millionen Mark Dividende wurden in einem Jahre in den Schoß der Anteilseigner geschüttelt. Es kann nicht geschämbert werden, wieviel Rücksichtslosigkeit nötig war, wieviel Tränen geflossen sind, wieviele an Leib und Leben Schaden nahmen, um dieses „glänzende“ Ergebnis zu erzeugen. Es gibt wohl wenig Industriebezirke in der Metall- und Maschinenindustrie in Deutschland, die so hochrentable Werte besitzen, wie Karlsruhe. Wir möchten deshalb jetzt schon, insofern den in diesen Betrieben arbeitenden Arbeitern den guten Rat geben, sich die am Schlusse befindlichen Zahlen gut einzuprägen und daraus die einzig logischen Schlüsse zu ziehen.  
Die Statistik wurde in diesem Jahre auf zwei weitere Betriebe ausgedehnt, die Bergwerke, welche in Gaggenau einen umfangreichen Betrieb mit circa 1000 Arbeitern haben und die

### Theater und Musik.

\* Wiederabend zur Laute von Elsa Laura von Wolzogen. Ein alljährlich gern gegebener und von einer zahlreichen Kunst-gemeinde freudig begrüßter Gast, Elsa Laura von Wolzogen, hat heute letzten Freitag auch Karlsruhe einen Besuch ab-gesiegt. Sie gab im großen Eintrachtssaal einen Wiederabend zur Laute. Leider ist der Saal für eine derartige Veranstaltung zu groß. Die rechte Stimmung, die richtige Verbindung zwischen Vortra-genden und Zuhörern konnte nicht so recht aufkommen. Das Programm, das die Künstlerin diesmal brachte, war sehr un-fang- und damit auch abwechslungsreich, fast überladen. Aber was sie brachte, gefiel, ob sie nun ernste, schwermütige Minne-lieder sang, Balladen vortrug, Randfragenlieder mit derbem Humor wiedergab oder uns mit freudigem Humor be-tannt machte. Lebhaft unterstützt wird ihr Vortrag durch eine ausdrucksvolle Violinbegleitung, durch eine schöne Stimme und durch vorzügliche Lautenbegleitung. Die Sängerin erregte für einzelne ihrer Darbietungen stürmischen Beifall, die Zuhörer nötigten ihr sowohl während der Abwicklung des Programms, wie auch am Schlusse zahlreiche Dreingaben ab. Der Kongen-leitung möchten wir doch nahelegen, beim Wiedererkommen der Künstlerin sich einen anderen Saal, Museum oder Künstlerhaus, zu sichern

einen Teil seines sozialen, seines sozialistischen Systems, zu dem auch die oben zitierte „Staatslehre“ und andere seiner Werke gehören. In den „Meden“ behandelte die Erziehung des deutschen Volkes zur Einheit und Freiheit. Deshalb wollte er Napoleons Fremdherrschaft abgeschüttelt wissen, weil sie ein Hindernis für die allgemeine Freiheit war. Von vornherein stand Fichte dem fortwährenden Eroberer nicht ablehnend gegenüber. Er hielt ihn anfänglich für einen Freiheitsbringer, ähnlich wie Ludwig van Beethoven, der ihm seine großartige III. die Eroika-Symphonie gewidmet hatte, aber das Widmungsexemplar zerriß, als er von der Kaiserkrönung Napoleons hörte. Wäre dieser ein, wenn auch ausländischer „Zwingherr der Freiheit“ gewesen — Fichte hätte ihn mit Jubel begrüßt. Erst als sich erwies, daß der Herr nicht im Sinne hatte, als eine neue „unbegrenzte und sterner Dynastie“ zu errichten, fiel Fichte von ihm ab. Und seine Fremdherrschaft wollte er nur abgeschüttelt sehen, damit aus Deutschland ein Reich der Vernunft und Freiheit entstehen könnte. Er schrieb 1813: „Wenn wir daher nicht im Auge behalten, was Deutschland zu werden hat, so läge an sich nicht soviel daran, ob ein französischer Marschall wie Bernadotte, an dem wenigstens früher begeisterte Wälder der Freiheit vorüberge-gangen sind, oder ein deutscher aufgeblähter Edelmann ohne Sitten und mit Stohheit und frechem Uebermut über einen Teil von Deutschland geböte.“  
Nicht die Erhaltung der alten Fürsten- und Junkerherrlich-keit war sein Ziel: nein, die Aufrichtung der freien Volksregie-rung, der Republik, des Rechts- und Vernunftstaates, das ist die große Forderung, die aus seinen „Meden an die Deutsche Nation“ entspringt!  
Mit vollem Rechte also nimmt das moderne, Massenbewußte Proletariat Johann Gottlieb Fichte für sich in Anspruch! Was er gefordert, bleibt ihm zu verwirklichen übrig. Er war einer seiner vielen geistigen Vorkämpfer, er entsprang aus seinem

Firma Genschow u. Cie., der die Volkswirtschaftlichen Munitionsfabrik und die Schrotfabrik in Durlach gehört. Beide Firmen, deren Hauptstätt außerhalb unseres Bezirkes liegen, haben bei uns derartig große Anlagen, daß sich der Einbezug in die Statistik wohl schon dadurch allein rechtfertigen läßt. Andererseits ist die Aktiengesellschaft Ergon-Kosmos (Schiffbauwerkstätte) in Karlsruhe ausgegliedert worden, weil diese ihren gesamten bisherigen Geschäftsbetrieb ins Rheinland verlegt hat.

Bei den ferneren Betrachtungen verweisen wir auf die Tabelle am Ende des Artikels.

**Das Kapital.**

Das Aktienkapital ist infolge des Einbezugs der Benzwerke auf die riesige Summe von 54,250 Millionen Mark gestiegen. (Spalte 1 der Tabelle.) Diese 54,250 Mill. Mk. die seinerzeit eingezahlt wurden, stellen für die Besitzer heute einen Vermögenswert von nicht weniger als 169,549 Millionen Mark dar. Außer der jährlichen glänzenden Verzinsung haben die Aktionäre so nebenbei im Laufe der Jahre ihr Vermögen ohne einen Handstreich, lediglich als Folge der guten Verzinsung, noch um 115,299 Millionen Mark vermehren können. Es sind fürwahr märchenhafte Reichtümer für „sie“ geschaffen worden, und „sie“ haben ein Recht, von einem goldenen Zeitalter zu reden. Wie hochprozentig die im Bezirk vorhandenen Fabriken sind, geht auch schon daraus hervor, daß der Durchschnittssatz 31,9 Proz. beträgt. Nur die Aktien von zwei Werken, Eisenwerk Gaggenau mit 71,3 Proz. und die nicht an der Börse gehandelten Werte der Waggonfabrik Rastatt mit 86,0 Proz. liegen unter Bari. Die übrigen aber geben zum Teil weit über das normale Maß hinaus. So notierten z. B. Maschinenfabrik Gröner am 5. November 271 Proz., Karlsruheer Nähmaschinenfabrik vormals Gaid u. Neu am 5. November 306 Proz., Bruchsaler Maschinenfabrik am 6. November 330 Proz. und die Waffen- und Munitionsfabriken gar Mitte Oktober 610,25 Proz.

Im Jahre 1907 hatten die Aktien der letzteren Firma erst einen Kurswert von im Jahresdurchschnitt 261 Proz., so daß in einem Zeitraum von nur 6 Jahren sich der Wert jeder Aktie mehr als verdoppelt hat. Genaue Ausbezüge, die Kaufensmarke von 1907 kostete beim Ankauf 2610 Mk., sie kostete heute aber 6102,50 Mk. Wer im Jahre 1907 eine Aktie der Waffen- und Munitionsfabriken erworben hat, konnte bis heute folgenden Profit einstreichen:

Wersteigerung der Aktie	3492,50 Mk.
1907 Dividende 20 Prozent	200,00 „
1908	200,00 „
1909	220,00 „
1910	240,00 „
1911	250,00 „
1912	320,00 „

In Summa: 4922,50 Mk.

gleich einer Durchschnittsverzinsung von 31,4 Proz., wenn die Ankaufsumme von 2610 Mk. zu Grunde gelegt wird. Die Verzinsung ist also „nur“ jetzt achtmal größer, als bei den Sparbanken. Die Kapitalisten haben ein Recht, von der Verehrlichkeit der Arbeiter zu sprechen.

Das aber allein ist noch lange nicht alles, was aus den Betrieben herausgeholt worden ist. Es müssen dazu auch die Ersparnisse, die Reservefonds gerednet werden. Die Karlsruheer Maschinen- und Metallindustrie verfügt über 18,368 Millionen Mark offener Reserven, ganz abgesehen von den vielen stillen (versteckten) Reserven, über welche wohl die meisten Betriebe verfügen und die ebenfalls in die Millionen gehen. Die Reserven betragen über ein Drittel, nämlich 33,8 Prozent des Aktienkapitals; es muß diese Summe als sehr hoch bezeichnet werden. Wie im Vorjahre steht in bezug auf Reservenanhäufung mit 60 Prozent des Aktienkapitals die Maschinenfabrik Gröner an erster Stelle, während die Waggonfabrik Rastatt mit nur 1,5 Prozent an letzter Stelle rangiert. Für die Aktionäre ist letzteres natürlich sehr besonders erfreuliches Zeichen. Bei den Waffen- und Munitionsfabriken betragen die offenen Reserven mit der immerhin ansehnlichen Summe von 5 Millionen Mark zwar ein ein Drittel des Aktienkapitals, allein es ist ein offenes Geheimnis, daß die Firma über bedeutende, in der Bilanz nicht zum Ausdruck gebrachte weitere Mittel verfügt. Gerade dieser Umstand, trägt, in der Erwartung einer baldigen besonderen Vergütung an die Aktionäre, wesentlich zum hohen Kursstand bei.

Das Eigenkapital der zehn Firmen (Spalte 1 und 3 der Tabelle) beträgt 72,608 Mill. Mk. oder 83,3 Proz. vom gesamten vorhandenen Kapital. Im Vorjahre betrug das Eigenkapital 91,1 Proz. Der Prozentsatz ist infolgedessen deshalb so zurückgegangen, weil die Benzwerke mit bedeutenden fremden Mitteln (Obligationen, Hypotheken) arbeiten. Die Firma Benz hat neben ihrem bedeutenden Aktienkapital und 4,568 Mill. Mk. Reserven noch 10 Mill. Mk. Obligationsschulden, so daß ihr vorhandenes Kapital die riesige Summe von 30,568 Mill. Mk. beträgt und schon wieder hat sie eine Transaktion von 6 Mill. Mk. vorgenommen. Das vorhandene Kapital beträgt (Spalte 4 der Tabelle) insgesamt 87,118 Mill. Mk.

**Die Abschreibungen.**

find auch in diesem Jahre wieder sehr hohe, insbesondere durch die sehr starken Abschreibungen der Benzwerke, sie betragen bei dieser mit 2,868 Mill. Mk. 14,8 Proz. des Aktienkapitals. Die geringsten Abschreibungen nahm wiederum die Firma Gaid u. Neu vor. Die 43 000 Mk. Abschreibungen betragen nur 2,1 Proz. des Aktienkapitals. Insgesamt wurden 4,975 Mill. Mk. abgeschrieben gleich 9,1 Proz. des gesamten Aktienkapitals.

**Der Gewinn.**

war im letzten Jahr ein ganz außerordentlich hoher. Nicht weniger als 15,094 Millionen Mark waren an Reingewinn zu verzeichnen, für die Tausenden, die jährlich jahrelang trotz fleißigster Arbeit nahezu am Hungertode nagen müssen, oder die jetzt gar „draußen“ stehen und arbeitslos sind, gewiß eine aufreizende Tatsache. Wenn Zahlen nicht nur beweisen, sondern auch die Köpfe der Verstandlosen revolutionären könnten, in diesem Falle müßten sie das tun.

Die beiden Werke, Benzgesellschaft und Waffen- und Munitionsfabriken, stehen sowohl absolut wie auch relativ an erster Stelle. (Sp. 6 u. 7 d. Tab.) Beide haben einen Reingewinn von mehr als 5 Mill. Mk. oder mehr als 30 Proz. des Aktienkapitals. Mit dem Vortrag standen 17,316 Mill. Mk. oder 31,9 Proz. des Aktienkapitals für die Herren Aktionäre zur Verfügung, fürwahr eine glänzende Verzinsung. Nahezu ein Drittel des eingezahlten Aktienkapitals stand als Gewinn eines einzigen Jahres den Aktionären zur Verfügung.

Ohne Vortrag verzinst sich das am wenigsten vorhandene Werk, das Eisenwerk Gaggenau, immer noch mit dem annehmbaren Prozentsatz von 6,2. Die zur Ausbezahlung bereit stehenden Summen werden nun nicht völlig den Aktionären ausgeschüttet, sondern häufig ein Teil zu Extrabschreibungen usw. verwendet, ein nicht unbeträchtlicher Teil fließt auch als Zantien in die ohnedies gefüllten Taschen der Herren Aufsichtsräte, für deren mühselige und aufreizende Tätigkeit. So erhalten an Zantien die paar Herren der Maschinenbau-Gesellschaft Karlsruhe 90 000 Mk., Maschinenfabrik Gröner 131 000 Mk., Waffen- und Munitionsfabriken 364 000 Mk. und diejenigen der Benzwerke gar 749 990 Mk. Das heißt man ein Geschäft, diese Leute wissen warum sie „arbeiten“.

Eine Reihe von Firmen sind dazu übergegangen, die Zantienbeträge gleich unter der Rubrik: Allgemeine Inkosten vorweg in Rechnung zu stellen, so daß einmal der Reingewinn will-

kürlich und künstlich herabgedrückt, das andermal aber auch der Öffentlichkeit verschwiegen wird, wie enorm hoch die Bezüge einzelner Aufsichtsräte sind.

In vielen Fällen ist so ein Aufsichtsrat nichts mehr als eine, allerdings gesetzlich vorgeschriebene Deforation. Selten betritt er mehr als einmal monatlich die Fabrik, meistens weniger, und dafür erhält er einen „Berdienst“, wofür 10 bis 50 Arbeiter das ganze Jahr arbeiten und mit ihren Familien leben müssen.

Wir haben schon darauf hingewiesen, daß nicht der gesamte Gewinn als Dividende zur Auszahlung kam, vielmehr nur 56,8 Proz., während im Vorjahre 67,6 Proz. zur Verteilung gelangten. Trotz der viel stärkeren Rücklagen stieg die Dividende im Durchschnitt auf 18,1 Prozent.

In den letzten drei Jahren wurden verteilt:

1910/11	1911/12	1912/13
13,5	17,9	18,1

Fürwahr ein durchaus befriedigendes Ergebnis. Ob die in diesen Werken beschäftigten Arbeiter im gleichen Maße ihren Anteil erhöhen und damit ihre schwere Lage verbessern konnten, braucht man gar nicht erst zu fragen; es müßte darauf mit einem glatten Nein geantwortet werden.

Man sieht aus diesem nackten Zahlenmaterial, was das Geschrei der Unternehmer über die drückende und unerträgliche Lasten der sozialen Gesetzgebung für eine Berechtigung hat. Gerade durch die soziale Gesetzgebung ist in hohem Maße das deutsche Unternehmertum überhaupt erst in die Lage versetzt worden, über eine widerstandsfähige Arbeiterschaft zu verfügen und ihr verdanken sie in der Hauptsache den Platz an der Sonne, den sich die deutsche Industrie in den letzten Jahrzehnten unter den Wölfen der Erde errungen hat. Die Kapitalistenklasse wird das nicht anerkennen wollen, weil ihr Egoismus sie für die Bedürfnisse der unteren Schichten blind macht.

Diejenigen, die zur Erkenntnis gekommen sind, daß nur die Arbeit die Quelle aller Reichtums ist, werden durch starke und mächtige wirtschaftliche und politische Organisationen sie das erst lehren müssen.

Name der Unternehmungen	Die Summen in 1000 Mk.																	
	Umsatz	Reingewinn																
1. Eisenwerk Gaggenau	4000	2802	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
2. Waggonfabrik Rastatt	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
3. Wabbe'sche Maschinenfabrik Durlach	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
4. Maschinenbauwerkstätte Kortstraße	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
5. Genschow u. Cie., Volkswirtschaftliche Munitionsfabrik	19000	2802	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
6. Maschinenbauwerkstätte Rastatt	4500	3195	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
7. Benzgesellschaft Mannheim-Gaggenau	2000	6107	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
8. Maschinenfabrik Gröner	5000	10600	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
9. Nähmaschinenfabrik Gaid u. Neu	2000	6107	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
10. Waffen- u. Munitionsfabriken	15000	91387	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000
Gesamt-Ergebnis	54250	169549	1200	118	1500	1092	3000	4680	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000	1000

**Aus der Stadt.**

\* Karlsruhe, 28. Januar.

**Eine Parteiverammlung.**

findet heute abend, 8½ Uhr beginnend, in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, statt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Abrechnung vom 3. Quartal 1913/14 und 2. ein Vortrag des Gen. R. Rüdert „Die deutschen Aktien-Gesellschaften“.

Die Genossinnen und Genossen werden schon des letzten Punktes wegen, da der Vortrag von Gen. Rüdert sicher sehr viel Belehrendes und Interessantes aus der Entwicklung und der Geschichte des Kapitalismus bringen wird, erucht, recht zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Wann wird ein Schüler aus der Volksschule entlassen?**

Mit dem Inkrafttreten des neuen Schulgesetzes vom 7. Juli 1910 über die Schulpflicht und den Zeitpunkt der Schülerentlassungen wurden für die unter dem alten Gesetz (18. Mai 1892) in die Schule eingetretenen Kinder Übergangsbestimmungen notwendig, welche weder mit dem Zeitpunkt des einen noch des anderen Gesetzes übereinstimmen und daher bei jeder Jahres vorzunehmenden Aufstellung der Schülerentlassungen zu berücksichtigen sind.

Wir geben nun im nachstehenden nach der „Badischen Schulzeitung“ eine Uebersicht über die strittigen Punkte.

Entlassen werden an Ostern 1914 alle Knaben und Mädchen, welche das 14. Lebensjahr zurücklegen bis zum 30. Juni 1914 (einschließlich), also spätestens geboren sind am 30. Juni 1900. Entlassen werden 1915 alle Knaben und Mädchen, welche das 14. Lebensjahr zurücklegen bis zum 30. Juni 1915 (einschließlich), also spätestens geboren sind am 30. Juni 1901 usw. Entlassen werden auch alle Kinder, die unter dem alten Gesetz verspätet in die Schule eingetreten sind.

Weiter: Mädchen, welche unter dem alten Gesetz vorzeitig (d. h. vor dem schulpflichtigen Alter) in die Schule eingetreten sind, können auf Antrag der Eltern auf Oher des Jahres, in dem sie das 14. Lebensjahr (bis zum 31. Dezember) vollenden, auch entlassen werden, wenn sie bis dahin (Ostern) die Schule acht Jahre besucht haben.

Knaben, die seinerzeit ebenfalls vor Erreichung des schulpflichtigen Alters eintraten und jetzt vor Erreichung der nun geltenden Altersgrenze die Volksschule verlassen wollen, um nicht 9 Jahre die Schule besuchen zu müssen, können entlassen werden, wenn sie sich einem Berufe widmen, für den der volle Besuch einer Gewerkschule (Handelschule) vorgeschrieben ist. Doch muß der Schüler des obersten (achten) Jahrgangs sein und im Zeugnis durchschnittlich die Note „gut“ aufweisen. Tritt aber der Schüler im ersten Jahre aus dem neuen Schulverband aus oder nimmt er nicht an allen Lehrfächern teil, so hat er sofort wieder den Volksschulunterricht zu besuchen.

Vorstehende Bestimmungen sind bis auf weiteres für die Schülerentlassungen maßgebend. Mit Ostern 1919 tritt das neue Schulgesetz (7. Juli 1910) in seinem ganzen Umfang in Wirksamkeit, und die Entlassungsbedingungen lauten:

„Alle Kinder, welche bis zum 30. April das 14. Lebensjahr zurücklegen, sind auf Ostern desselben Jahres zu entlassen.“

Der Zusatz aber sagt: Kinder, die schwächlich oder in ihrer Entwicklung zurückgeblieben waren und darum erst 1—2 Jahre nach Erreichung des schulpflichtigen Alters in die Schule eintraten, müssen dementsprechend länger die Schule besuchen. Doch darf ihre Entlassung aus der Schule nicht über den auf das vollendete 16. Lebensjahr folgenden Schuljahrabschluß hinausgeschoben werden.

**Mitteilungen aus der Stadtratssitzung**

vom 22. Januar 1914.

Feier des 200jährigen Stadtjubiläums. Die Festkommission wird ersucht, Vorschläge darüber zu machen, welche Festveranstaltungen zur Feier des 200jährigen Stadtjubiläums im nächsten Jahre — abgesehen von der Badischen Jubiläumsausstellung für Industrie, Handwerk und Kunst — getroffen werden sollen.

Städtebauausstellung. Der Stadtrat beschließt die Beteiligung der Stadt Karlsruhe an der vom 1. Juli bis 1. November d. J. in Lyon stattfindenden Städtebauausstellung mit einschlägigen Modellen, Plänen, Zeichnungen, Photographien und Druckschriften.

Erweiterung der Wasserfassungsanlagen des städtischen Wasserwerks. Die Direktion der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke beantragt, mit Rücksicht auf die steigende Zunahme des Wasserverbrauchs der Stadt, insbesondere durch den Anschluß der Häuser an die Schwemmanalysation, die Wasserfassungsanlagen des Wasserwerks durch Erhellung eines weiteren (12.) Brunnens (Hilberbrunnens) zu erweitern. Hierfür und für die Vornahme von Bodenuntersuchungen im benachbarten, für die spätere Vernehrung der Brunnenzählung in Betracht kommenden Balzgebiete sind 30 750 Mk. erforderlich. Der Stadtrat beschließt, dem Bürgerausschuß eine entsprechende Vorlage zu machen.

Elektrische Straßenbahn. Für die einschlägige unübersichtliche Strecke der Straßenbahn in der Rheinstraße soll eine Lichtsignal- und Blockierungsanlage erstellt werden, um zu verhindern, daß zwei Wagen gleichzeitig in entgegengesetzter Richtung die Strecke befahren. Hierfür werden 374 Mk. nach Antrag des Straßenbahnamts bewilligt.

Für die Herstellung der Rottel- und der Klippereckstraße südlich der Nebenstraße ist Dedung mit Granit und Asphalt vorgesehen. Im Hinblick auf den hohen Kostenaufwand des festen Belags, für den ein dringendes Bedürfnis vor Erstellung der Neubauten an diesen Straßen nicht besteht, beschließt der Stadtrat, diese Straßenstrecken vorläufig als Schotterstraßen herstellen zu lassen. Dadurch wird eine beträchtliche Ersparnis erzielt.

Submissionswesen. Auf Vorschlag der beteiligten gewerblichen Organisationen werden gemäß den Bestimmungen über die Vergütung von Arbeiten und Lieferungen der Stadt Karlsruhe zu Sachverständigen bei Vergütung städtischer Arbeiten für das Jahr 1914 ernannt: für das Zimmergewerbe: der Zimmermeister Wilhelm Metz, als dessen Stellvertreter Zimmermeister Otto Walder, für das Badergewerbe: Badermeister Theodor Gartner, als dessen Stellvertreter Badermeister Heinrich Schwab, für das Metzgergewerbe: Obermeister Heinrich Weisbe, als dessen Stellvertreter Metzgermeister Friedrich Jähler.

Befetzung der Professorenstellen. Wegen Befetzung je einer Professorenstelle an der Realschule und an der Goetheschule werden dem Großh. Unterrichtsministerium nach Anhörung der Direktion und der Beiräte beider Anstalten Vorschläge unterbreitet.

Abgabe von Straßenrecht. Das Tiefbauamt wird ermächtigt, Straßenrecht auf Dünungsweiden an Private gegen eine Vergütung von 8 Mk. für die früher auf Ansuchen abzugeben.

Stiftung eines Ehrenpreises. Dem Karlsruher- und Geflügelzüchterverein Grünwinkel, der am 25. und 26. d. M. desselben eine Ausstellung beanstaltet, wird zur Beschaffung eines Ehrenpreises ein Geldbetrag aus der Stadthauptkasse bewilligt.

Wirtschaftsgesuche. Die Gesuche des Meisters Gustav Müller um Erlaubnis zum Betrieb der Schandwirtschaft mit Braumwein aus Schand, zum Kronprinz, Jügel 9, und des Meisters Adam Haus um Erlaubnis zur Verlegung seiner Schandwirtschaftslozession mit Braumwein aus Schand vom Hause Karl Wilhelmstraße 10, „Zum Drachen“, nach jenem Gerwigstraße 2, „Zum Markgrafen Georg Friedrich“, werden dem Großh. Regimentsamt unbeanstandet vorgelegt.

**Bevölkerungszunahme im Jahre 1913.**

Die Zahl der Geburten betrug 1050 (1912: 1067), Lebendgeborene wurden 2882 (1912: 3001) angemeldet, darunter 1490 (1564) Knaben und 1392 (1437) Mädchen; ehelich waren 2404 (2552) und nichtehelich 478 (449). Die Zahl der Lebendgeborenen betrug 97 (78), darunter 55 (35) Knaben und 42 (38) Mädchen. — Gestorben sind 1877 (1912: 1925) Personen, und zwar: 982 (975) männlichen und 895 (950) weiblichen Geschlechts; unter den Gestorbenen befanden sich 407 (481) Kinder im ersten und 107 (171) Kinder im zweiten bis fünften Lebensjahr. — Die hauptsächlichsten Todesursachen waren: Scharlach in 2 Fällen (1912: 4); Masern 8 (61); Diphtherie und Krupp 9 (14); Neudhusten 14 (25); Typhus 4 (4); Infanterie 9 (4); Lungentuberkulose 228 (210); Lungenerkrankung 148 (150); Sonstige Krankheiten der Atmungsorgane 77 (90); Krankheiten der Kreislauforgane 248 (219); Sonstige Krankheiten des Verdauungstraktes 190 (207); Magen- und Darmkrankheiten 135 (155); darunter befanden sich Kinder im ersten Lebensjahr 134 (136); Sonstige Magen- und Darmkrankheiten 140 (135); Krebs und sonstige Neubildungen 167 (178); Selbstmord 94 (81); Vergiftung 57 (38). — Auf 1000 Einwohner berechnet betrug die

Zahl der Eheschließungen 7,51 (1912: 8,05), der Geburten 21,06 (22,28), der Lebendgeborenen 20,61 (22,04), der Sterbefälle 13,42 (14,18) und der Geburtenüberschuss 7,19 (7,90).

Auch im Jahre 1913 gilt, was schon über das Jahr 1912 gesagt war, nämlich, daß — gemessen an der Zahl der Sterbefälle — die gesundheitlichen Verhältnisse in Karlsruhe recht zufriedenstellend waren. Auch im verfloßenen Jahre hat der seit dem Jahre 1909 festgestellte relative Rückgang an Todesfällen nicht nur angehalten, sondern er ist, wie im Jahre 1912, sogar wieder zu einem absoluten geworden. Sind doch 48 Personen weniger gestorben als 1912, trotz einer Bevölkerungszunahme von 4736 Personen. Die große Bedeutung dieser Erscheinung wird klar getrennt, wenn man auf das Jahr 1913 die Sterblichkeit im Jahrfünft 1908—10 anwendet. Wären von 1000 Personen jetzt genau so viel wie damals gestorben, so hätte es im Jahre 1913 2263 Sterbefälle gegeben, also 376 mehr, als es tatsächlich der Fall war. Das Sinken der Sterblichkeit gegenüber 1912 ist nahezu allein dem Kindesalter zu verdanken. Die Säuglingssterblichkeit hat eine Abnahme aufzuweisen — von 100 Lebendgeborenen starben nur 13,84 (1912: 14,44 und früher noch viel mehr). Die auffallendste Erscheinung bietet aber das Alter von 1 bis unter 5 Jahren. Trotz Zunahme an Lebenden auch in dieser Altersklasse sind 64 weniger gestorben als im Jahre 1912. Während 1912: 171 — 1911: 160 — 1910: 150 — 1909: 156 — 1908: 150 starben, sind im Jahre 1913 nur 107 Kinder dieses Alters dem Tod zum Opfer gefallen. Gegenüber dem Jahre 1912 ist diese erfreuliche Tatsache vor allem darauf zurückzuführen, daß im Jahre 1912 36 Kinder dieses Alters an Masern und Möteln starben — im Jahre 1913 dagegen sind diese Krankheiten überhaupt nur dreimal als Todesursache zu verzeichnen.

Von den übrigen Todesursachen machen sich gegenüber 1912 am liebsten bemerkbar Lungentuberkulose und Lungenentzündung; beide haben leider eine Zunahme — um 18 bzw. 13 Fälle — aufzuweisen. Auch die Krankheiten der Kreislauforgane sind um 27 Fälle zahlreicher geworden; bei Krebs dagegen ist eine kleine Abnahme zu verzeichnen.

Der Abnahme von Todesfällen steht auch im Berichtsjahr wieder die Fortdauer der Abnahme an Geburten gegenüber, wozu diesmal noch ein Rückgang der Eheschließungen kommt. 47 Verheiratungen hat das Jahr 1913 weniger als sein Vorjahr; die relative Heiratsziffer (auf 1000 Einwohner berechnet) ist mit Ausnahme von 1911 die niedrigste seit 1882. Ebenso ist die Geburtenziffer die niedrigste seit langen Jahren. Seitdem die Beobachtungen vorgenommen werden, sind (auf 1000 Einwohner) stets mehr Lebendgeborene zu verzeichnen gewesen, als im letzten Jahre. Zurück bis zum Jahre 1901 ist sogar die absolute Zahl stets größer als jetzt. Im Jahre 1901 kamen 2071 Kinder lebend zur Welt; die Zahl stieg bis auf 3403 im Jahre 1907, von wo an sie fast ohne Unterbrechung sank — jetzt, bei einer gegenüber 1901 um rund 41 000 Köpfe größeren Bevölkerung, sind 39 Kinder weniger geboren. Angesichts dieses großen Geburtenrückgangs muß trotz aller Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse die jährliche natürliche Zunahme der Bevölkerung kleiner werden. In den Jahren 1908—1910 ist der jetzt noch andauernde Zustand ein, bei dem der gegenüber früheren Jahren erzielte Gewinn bei der Erhaltung von Menschenleben durch das relative Defizit an Geburten aufgehoben wird. Auch im Jahre 1913 ist das der Fall; der Gewinn von 0,71 Prozent bei der Minderung der Sterblichkeit ist durch das Geburtenmanco von 1,43 Prozent wieder verloren gegangen, so daß der Geburtenüberschuss gegenüber dem Jahre 1912 einen Fehlbetrag von 0,72 Prozent aufweist.

Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Karlsruhe.

Am Sonntag, 25. ds. Mts. fand im „Apollo“ die diesjährige Generalversammlung des Bauarbeiterverbandes, Zweigverein Karlsruhe, statt. Die Tagesordnung enthielt folgende Punkte: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Anstellung eines Lokalbeamten, 3. Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes.

Nachdem der Vorsitzende des Zweigvereins, Kollege Philipp, der Toten von 1913 gedacht und die Versammlung zum ehrenden Andenken der Verstorbenen sich von ihrem Sitz erhoben hatte, ging Kollege Philipp über zur Erhaltung des Geschäftsberichts. Er leitete denselben mit dem Hinweis ein, daß die erste große Versammlung des Zweigvereins im Gründungsjahr 1908 ebenfalls im „Apollo“ stattgefunden habe und daß damals die Kollegen alle davon überzeugt gewesen seien, daß nur durch eine gute Organisation die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bauarbeiter gebessert werden können. Seit dieser Zeit hat die Mitgliedschaft Jahr für Jahr zugenommen und ist es auch durch die straffe Organisation der Bauarbeiter möglich gewesen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen für alle Bauarbeiter zu verbessern.

In Agitation hat es seit Bestehen des Zweigvereins nie gefehlt. Auch im Berichtsjahr fand neben der Agitation in Karlsruhe und Durlach Hausagitation in ländlichen Gebieten statt. Im Bezirk Ettlingen (Stadt ausgeschlossen) war die Agitation so gut wie erfolglos, während in der Pflanz ein schöner Erfolg zu verzeichnen ist. Mitglieder wurden im Berichtsjahr 1574 neu aufgenommen. Mit diesen Neuaufnahmen sollte der Zweigverein mit seinem Mitgliederbestand von 3256 am Schluß des Jahres 1913 jetzt 4880 Mitglieder haben. In Wirklichkeit sind es aber nur 3319. Diese Tatsachen ergeben ohne weiteres den Beweis, daß die Fluktuation im Bauwerke geradezu unheimlich ist. In Karlsruhe konnte sehr oft die Beobachtung gemacht werden, daß neu aufgenommene Mitglieder nach wenigen Tagen schon wieder verschwunden und nirgends mehr aufzufinden waren.

Das Baudelegiertensystem hat im Berichtsjahr sehr gut funktioniert, man kann sagen, es hat sich in Karlsruhe eingebürgert. Das ist für die Agitation zweifellos von Vorteil.

Versammlungen und Sitzungen, vom Zweigvereinsvorstand einberufen, fanden statt: eine Generalversammlung, 6 Zweigvereinsversammlungen, die nachmittags 4 Uhr tagten, und eine Zweigvereinsversammlung, die vormittags 11 Uhr in der Festhalle abgehalten wurde. Weiter fanden statt 101 Bezirksversammlungen, die sich hauptsächlich auf das Tiefbaugewerbe erstreckten, 156 Zahlstellersammlungen, 9 Sektionsversammlungen der Spiser, 5 Versammlungen der Zementreue und 4 Versammlungen der Plattenlegersektion, 5 Zweigvereinskonferenzen, 2 Vorstandssitzungen, 8 Vorstandssitzungen der Spisersektion. Ferner hat der Zweigvereinsvorstand und der Kassierer an 14 Bezirksauschüßsitzungen und an 4 Zweigvereinsvorstände-Konferenzen teilgenommen. Zur Regelung von Streitigkeiten fanden 3 Schlichtungskommissionssitzungen statt, eine für das Plattenlegergewerbe und zwei für die Zementreue.

Die Korrespondenz hat im Berichtsjahr gegen das Vorjahr bedeutend zugenommen. Seit Bestehen des Zweigvereins Karlsruhe ist in diesem Jahre die höchste Zahl der Postausgänge und die höchste Summe für Portoausgaben zu verzeichnen. Sie beträgt 1185,69 M. Sehr viele Portoausgaben könnten allerdings gespart werden, wenn sich ein Teil der Zahlstellersammlungen in Zukunft beschließen würden, den schriftlichen Verkehr mit dem Zweigvereinsvorstand pünktlich zu bezogen.

Weiter wies Redner darauf hin, daß der Bauarbeiter nicht so durchgehend ist, wie es im Interesse der Gesundheit und des Lebens der Kollegen notwendig ist. Die Arbeitskommission hat im Laufe des Jahres eine Anzahl

Beschwerden an die Behörden verschickt, in denen auf feststehende Mißstände auf den Bauten hingewiesen wurde. Es ist nur die Schuld der Regierung, wenn noch durchaus unhaltbare Zustände im Baugewerbe bestehen, denn sie hat in der Frage des Bauarbeiterlohnes bisher immer versagt. Es wird auf den Bauten erst besser werden, wenn Baukontrolleure aus den Reihen der Arbeiter angestellt werden. Im Berichtsjahr wurden zum erstenmal auf den Bauten photographische Aufnahmen gemacht, die später den Beweis erbringen sollen, wie wenig sich die Behörde um die Zustände an den Bauten kümmerte. Das Bild eines Aborts vor dem neuen Postgebäude wurde an die Regierung geschickt, worauf sie aber bis heute keine Antwort gegeben hat.

Im Berichtsjahr mußten 21 Lohnbewegungen geführt werden, von denen 16 ohne Arbeitseinstellung erledigt werden konnten, während bei den übrigen fünf der Streik notwendig war. Es wurde für 8864 Kollegen durchschnittlich eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung pro Tag und für 3948 Kollegen eine Lohnhöhung von 7,2 Pfg. pro Stunde erzielt. Am 19. Juni wurde durch Schiedsgerichtsbescheid für alle Zeiten die Affordarbeit für Karlsruhe ausgeschaltet. Jeder Kollege muß hier sein Augenmerk darauf richten, daß die Affordarbeit nicht auf Umwegen wieder Eingang findet, daß nicht schließlich der verordnete Afford sich einschleicht.

Auch im Spisergewerbe hat der Zweigvereinsvorstand alles getan, um den Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen. Die ganze Schuld, daß das Zentralschiedsgericht noch nicht einberufen ist, ist einzig und allein dem Arbeitgeberverband zuzuschreiben. Es muß aber auch nachdrücklich betont werden, daß die Stärke der Organisation gerade darin liegt, daß sie auch ohne Tarifvertrag es festhalten versteht, was sie bereits errungen hat.

Differenzen mußten im Berichtsjahr eine ganze Anzahl geregelt werden, die Kollegen sollten aber besser darauf achten, daß sie, wenn der festgelegte Lohn nicht bezahlt wird, sofort beim Arbeitgeber reklamieren, und erst wenn dies nichts fruchtet, sich an die Organisation wenden.

Kollege Philipp macht dann noch längere die Organisationsverhältnisse betreffende Ausführungen und betont, daß bei der Wahl der Vertrauensleute darauf geachtet werden muß, daß nur solche Kollegen gewählt werden, die mit ganzem Herzen an der Organisation hängen. — Dem ausführlichen, in lebhafter, temperamentvoller Weise gegebenen Bericht wurde starker Beifall gespendet.

Den Kassenbericht erstattet Kollege Krebs. Den Einnahmen der Hauptkasse von 77 285,05 M. stehen Ausgaben in gleicher Höhe gegenüber. Die Lokalasse weist einen Bestand von 28 233,14 M. auf. In die Jugendorganisation wurden 96 neue Mitglieder aufgenommen. — Kollege Lichtenwälder (Revisor) bittet, dem Kassier Entlastung zu erteilen und betont, daß die Baudelegierten darauf achten sollten, daß die Mitglieder mit ihren Beiträgen stets auf dem Laufenden sind. In der anschließenden Diskussion meint Kollege Nikolaus Dedewitz, daß der Geschäftsbericht nicht gedruckt zu werden braucht, aber der Kassenbericht sollte jedem Kollegen vor der Generalversammlung zugängig werden. — Kollege Alois Dedewitz bringt Vorschläge bei der Arbeit zur Sprache. — Kollege G. H. D. verlangt mehr Baudelegiertenversammlungen. In Bezug auf den Arbeiterfuß muß es der Zweigvereinsleitung heißen: „Immer feste drauf los!“ — Kollege Philipp betont, daß die in der Diskussion ausgesprochenen Wünsche, mehr im „Grundstein“ zu berichten, Rechnung getragen werden soll.

Beim 2. Punkt der Tagesordnung weist Kollege Philipp darauf hin, daß er immer bestrebt war, so lange es irgend möglich sei, daß die Arbeit mit zwei Beamten zu bewältigen sei, es zu vermeiden, einen dritten anzustellen. Jetzt sei es aber unbedingt notwendig, daß der dritte Beamte kommt, weil es geradezu unmöglich ist, daß zwei Beamten die Arbeit bewältigen können. Zur Agitation und zur Geschäftsführung ist der dritte Mann unbedingt notwendig. Der Zweigvereinsvorstand hat einstimmig die Notwendigkeit eines dritten Beamten anerkannt und beantragt demgemäß. In der sehr ausgiebigen Diskussion wird von allen Rednern die Notwendigkeit der Anstellung eines dritten Beamten anerkannt. Ein Kollege verlangt, daß der anzustellende Beamte aus den Reihen der Hilfsarbeiter genommen werden soll, wozu Kollege Philipp bemerkt, daß von den Bewerber der tüchtigste genommen werden wird, einerlei, welcher Berufsgruppe er angehört.

Folgende Anträge des Zweigvereinsvorstandes werden teils einstimmig, teils gegen wenige Stimmen angenommen: 1. Die Generalversammlung beschließt die alsbaldige Anstellung eines dritten Lokalbeamten für den Zweigverein Karlsruhe; 2. Es wird eine Kommission, bestehend aus 7 Mitgliedern, eingesetzt, die das Ausschreiben im „Grundstein“ zu besorgen hat; 3. Als Endtermin der Bewerbung wird der 15. Februar 1914 festgelegt; 4. Die endgültige Anstellung erfolgt in einer Zweigvereinskonferenz.

Es wurde eine siebenköpfige Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Hölzl, Schläger, Dedewitz, März, Jakob, Kappeler, Berner und Philipp. Der Bezirksauschüß wird seinen Vertreter zu dieser Kommission selbst bestimmen.

Beim 3. Punkt der Tagesordnung wird zunächst ein Antrag, daß der Zweigvereinsvorstand in Zukunft aus 7 Mitgliedern bestehen soll, angenommen. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurden der 1. Vorsitzende Philipp und der erste Kassier Krebs sowie der Schriftführer Reich einstimmig wiedergewählt. Zum 2. Vorsitzenden wurde Gertner, zum 2. Kassier Keller, zu Beisitzern Kappeler und Hölzl, zu Revisoren Lichtenwälder, März und Kröger gewählt. Die Schlichtungskommission wurden gewählt: Dedewitz und Hölzl, in die Tarifkommission, in die der Verband 2 Kollegen zu entsenden hat, Philipp und Dedewitz. Kollege Philipp spricht zum Schluß die Hoffnung aus, daß die Mitglieder mit dem Vorstand im kommenden Jahre Hand in Hand arbeiten mögen, damit derselbe am Schluß des Jahres berichten kann, „es war eine Freude, mit den Mitgliedern zusammenzuarbeiten zum Vorteil der Gesamtorganisation“. Mit einem von den Versammelten begeistert aufgenommenen Hoch auf den Bauarbeiterverband schloß Kollege Philipp die Generalversammlung.

Nationale Ofenheizung.

Zur Verhütung der Rauch- und Aschelage hat der Magistrat von Magdeburg ein Merkblatt herausgegeben, das kostenlos an die Einwohner abgegeben wird. Aus den praktischen Erfahrungen heraus verfaßt, gibt es wichtige Aufschlüsse über die einzelnen gebräuchlichsten Ofenarten und die am zweckmäßigsten zu verwendenden Heizmaterialien sowie über die Behandlung der Ofen während des Heizens. Bemerkenswert auch für den kleinsten Haushalt sind die Erläuterungen über die zweckmäßige Bedienung der Ofen, die hier im Auszug folgen:

Jedes Brennmaterial bedarf zu seiner vorteilhaften Verbrennung einer gewissen Luftmenge. Wird zu viel oder zu wenig Luft zugeführt, so geht die Verbrennung unvollkommen vor sich, und es tritt Rauch, unter Umständen auch Aufbildung ein. Nur beim Anmachen des Feuers soll die Feueröffnung offen gehalten werden, und zwar nur so lange, bis die Kohlen ins Brennen geraten sind. Von da an soll die Luft von unten durch den Kofst zum

Brennmaterial gelangen, deshalb muß die Feueröffnung geschlossen und dafür die Kofstentür dem Zug des Ofens entsprechend mehr oder weniger geöffnet werden. Beim Schüren dürfen nur Aschenteile durch den Kofst in den Ofen gelangen, nicht aber glühende oder unterbrannte Kohle- oder Bricketstücke, die zur Verbreitung üblen Geruchs im Zimmer Veranlassung geben. Beim Nachlegen sollen die frischen Kohlen verteilt werden. Es ist zweckmäßig, den hinteren Streifen des Kofstes niedriger zu bedecken, damit der hier hindurchtretende Luft geringerer Widerstand geboten und so möglichst eine Rauchverbrennung herbeigeführt wird. Grus ist nur in kleinen Mengen und etwas angefeuchtet aufzuwerfen, derart, daß nur ein Teil des Kofstes oder der glühenden Kohlen davon bedeckt wird. Nach dem Durchbrennen der Kohlen ist der weitere Luftzutritt zu verringern und endlich durch Schließen und Zuschrauben der Lüren, ihrer Regulierschieber oder Kofstentüren ganz abzuschließen. Man erhält damit die Wärme im Ofen, während bei reichlichem Luftzutritt die Kohlen schneller ausbrennen und der Ofen sich von innen abkühlt.

Mes in allem ist das Magdeburger Merkblatt ein praktischer Wegweiser in einer Zeit, wo noch allzu viel unausgenutzte Heizmaterialien zum Schornstein in Gestalt von dicken Rauchwolken hinausgetrieben werden, die nur die Atmungsorgane des Stadtbewohners belästigen. In der gegenwärtigen kalten Jahreszeit kann es auch unseren Hausfrauen zur Beachtung empfohlen werden.

Wetterumschlag. Nach kurzem Tauwetter trat gestern vormittag hier lebhafter Schneefall ein. Bis in die Nachmittagsstunden blieb der Schnee auf den Straßen und Plätzen liegen, schmolz aber wieder, nachdem abermaliges Tauwetter eingetreten war. Da abends Frost eintrat, bildete sich vielfach gefährliches Glatteis. Auch im Schwarzwald hat es zum Teil getaut. Am Nachmittag ist erneut Schnee gefallen.

Auf der städtischen Straßenbahn wurden im Monat Dezember 1913 im ganzen 1969 545 (1912: 1517 120) Personen befördert. Die Einnahmen beliefen sich auf 193 139 M. (147 162 M.). Die Zahl der abgefahrenen Wagenkilometer betrug 469 715 (296 506). Auf je 100 Wagenkilometer kommen 428 beförderte Personen (Dezember 1912: 512) und 42 M. Einnahmen (50 M.). — Insgesamt wurden im Jahre 1913 befördert 18 047 261 Personen (1912: 15 829 681), eingenommen 1 583 704 M. (1 380 867 M.). Auf je 100 Wagenkilometer kommen 1913 447 beförderte Personen (1912: 488) und 39 M. Einnahmen (42 M.).

Beschäftigungszustand im Jahre 1913 nach den Nachweisungen der Statistik. Im Jahre 1913 hatten 23 Karlsruher Klassenklassen im Monatsdurchschnitt 48 271 (darunter 15 006 weibliche) versicherungspflichtige Mitglieder. Das sind gegenüber dem Jahre 1912 1269 männliche und 400 weibliche mehr und gegenüber 1911 2918 männliche und 655 weibliche mehr. Auf 1000 Einwohner berechnet waren 1913 300, 1912: 306, 1911: 295 und 1910: 287 versicherungspflichtige Mitglieder vorhanden.

Tätigkeit der Gemeindeverwaltung. Der Stadtrat hielt im Jahre 1913 56 Sitzungen ab, in denen 4188 Gegenstände der Beschlußfassung unterlagen. Der Vorkonferenzschüß verhandelte in 18 Sitzungen 84 Gegenstände. Weiter hielten Sitzungen ab: die Baukommission 52, der Armen- und Waisenrat 26, die Schulkommission 6 mit 85 Gegenständen, die Friedhofskommission 4 mit 34 Gegenständen, der Verwaltungsrat der Spar- und Pfandleihenkasse 4 mit 194 Gegenständen, der Beirat der höheren Lehranstalten für Mädchen, der Beirat der Goethe-Schule und die Gas- und Wasserwerk-Kommission je 8 mit je 1 Gegenständen, die Bekleidungskommission 3 mit 21 Gegenständen, die Stadtpark-Kommission 2 mit 12 Gegenständen, der Handelsschulrat 2 mit 10 Gegenständen, die Schicht- und Viehhof-Kommission 3 mit 9 Gegenständen, der Gewerbeausschüß 2 mit 8 Gegenständen, die Badeanstalten-Kommission 2 mit 7 Gegenständen, die Architekt-Kommission und der Beirat der Realhauptschule je 2 mit je 4 Gegenständen, der Beirat der Humboldt-Schule 2 mit 3 Gegenständen, die Rheinischen-Kommission 1 mit 11 Gegenständen.

Beim Bürgermeisteramt als Gemeindegereicht wurden im Jahre 1913 erwirkt: 2203 Zahlungsbefehle und 1288 Vollstreckungsbefehle, 800 Zahlungsbefehle wurden wiedererproben. Zivilprozesse waren abhängig 2715. Hieron wurden erledigt durch abweisende Erkenntnisse 206, durch beurteilende Erkenntnisse 1637, durch Vergleich, Verzicht und Vernehmenlassen 804, es wurden 1913 nicht mehr erledigt: Verurteilungen gegen ergangene Erkenntnisse fanden statt in 296 Fällen, in 40 Fällen wurde das ergangene Erkenntnis beseitigt, in 24 abgeändert, in 86 durch Vergleich erledigt, das Verfahren für beruend erklärt oder die Verurteilung zurückgezogen, in 147 Fällen das Ergebnis dem Bürgermeisteramt nicht mitgeteilt. Nebenverfahren fanden statt 761 hieron gelangen 224, mihlängen 527.

Vom Festhalle-Kassenball. Am nächsten Samstag wird sich in der Festhalle wieder jenes frohgewagte bunte Leben entfalten, das als Höhepunkt in der Karnevalszeitung der Festhalle gilt. Wie man hört, wird auch der diesjährige erste Ball seinen Vorgänger sowohl hinsichtlich des Besuchs als hinsichtlich der Mannigfaltigkeit und Farbenprächtigkeit seines Bildes nicht nachgeben. Eine lebhaftere Konkurrenz um die für die Einzelmaschen und Gruppen ausgeteilt Preise wird auch dieses Mal eintreten. Die Darsteller werden sich daran tun, den Hauptwert in der Darstellungsleistung auf Originalität, Witz und Humor zu legen und tolle Figuren zu vermeiden. Sie sind für die Darsteller selbst eine Tortur und für die Ballbesucher keine Unterhaltung. Umständliche Gefährte und schwer bewegliche Gebilde passen nicht in einen Ballsaal, sie werden deshalb nach den von der Ballkommission ausgegebenen Bestimmungen auch nicht zugelassen werden. Alle Preisantworter (auch Einzelmaschen) müssen sich frühzeitig — jedenfalls vor 10 Uhr — einfinden, ansonst das Publikum sich ihrer nicht freuen und das Preisgericht sich ihrer nicht annehmen kann. Auf gutes Gelingen des lustvollen Reizes des Balles wird die Ballkommission gleichfalls wieder bedacht nehmen. Der keine Festhallsaal, die frühere „alte deutsche Reinstube“, alwo eine „Bauernstube“ entstehen soll, und der „Bierkeller“ werden sich aufbauen. Für das Belegen von Restaurationsplätzen in den Ballsälen (großer und kleiner Saal und frühere alte deutsche Reinstube) bis 9 1/2 Uhr abends wird eine Gebühr von 50 Pfg. für den Stuhl erhoben. Gesuche um Abgabe von solchen Plätzen sind ausschließlich an die Ballkommission, Rathaus, Zimmer Nr. 41, zu richten. Vor der Preisverteilung soll Demaskierung unterbleiben. Bei der Prämierung sollen die preisgekrönten Masken mit der Larve auf dem Podium erscheinen. Der Kartenerwerb beginnt morgen Mittwoch den 28. Januar bei den durch Platanenpläne und Inserate bekannt gegebenen Verkaufsstellen. Der Eintrittspreis für Saalkarten beträgt 3,50 Mark, für Galleriestarten 2 M. (auch für den Balkon, der keine vorbehaltene Plätze aufweist). Rücktagskarten für Galleriestarten zum Zutritt in die Ballsäle kosten 2 M. Auch auf der oberen Galerie ist Restauration eingerichtet.

Großes Hoftheater Karlsruhe.

Der Komponist Peter Cornelius, der zuletzt vor fünf Jahren mit der Neuentführung

des „Ed im Hoftheater vertreten war, wird am Donnerstag, 29. Januar, mit seinem „Barber von Bagdad“, dessen letzte Aufführung im Jahre 1909 stattfand, wieder aufgenommen werden. — Am Freitag, 30. Januar, wird der zweite Abend der Ballenfeins-Trilogie „Ballenfeins Tod“ gebracht. — Am Sonntag, 1. Februar, nachmittags wird wieder eine Vorstellung zu ermäßigten Preisen gegeben und zwar „Graß Rebi“, eine humorvolle Komödie aus dem Jahre 1866. Eintrittskarten zu dieser Vorstellung sind ohne Vorverkaufsgebühr von Donnerstag an bei der Vorverkaufsstelle des Hoftheaters zu haben.

**Unfälle im Rheinhafen.** Am Sonntag wurde im Rheinhafen der 15jährige Kaufmann Wed, als er über ein Eis laufen wollte, von der Lokomotive eines Güterzuges erfasst und zu Boden geworfen. Er kam mit dem Kopf in die Räder und erlitt dabei erhebliche Verletzungen. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht. — In einer Fabrik am Rheinhafen brachte ein 17 Jahre altes Mädchen aus Dorlar den rechten Hand in eine Maschine, wobei es schwere Verletzungen erlitt und mit dem Krankenauto in das Krankenhaus gebracht werden mußte.

**Diebstahl.** Ein Mann, der sich als Engländer ausgab und mehrere hier wohnhafte englische Familien aufsuchte, etwa 25-30 Jahre alt, unterlegt, mit vollem Gesicht, gesundem Aussehen, blonden Haaren, englisch geschnittenem Schnurrbart, grauem Ueberzieher, schwarzem, steifem Filzhut, drang am 26. 1. Mts. nachmittags in die in der Kriegerstraße gelegene Wohnung eines Engländers ein und entwendete zwei Brillenringe, einen goldenen Siegelring, mehrere Broschen, eine feingliedrige Halskette mit kreuzförmigem, mit Perlen besetzten Anhänger und eine Damenuhrkette.

**Messerstecherei.** Heute früh zwischen 1 und 2 Uhr gerieten Studenten in einem Café der südlichen Kaiserstraße mit zwei Unbekannten in Wortwechsel, weshalb die letzteren vom Wirt zum Verlassen des Lokals veranlaßt wurden. Auf der Straße vor der Wirtschafft warteten die zwei Unbekannten auf die Studenten und verletzten zwei davon durch Messerstiche in den Kopf erheblich.

**Feuer entstand** gestern vormittag im Keller eines Hauses der Kirchstraße dadurch, daß sich das auf einem Behälter angesammelte Petroleum auf noch unaufgeklärte Weise entzündete. Das Feuer konnte nach vor dem Eintreffen der alarmierten Feuerwehr durch den Inhaber des Kellers gelöscht werden. — Ferner entstand gestern vormittag in einem Hause der Kriegerstraße ein Zimmerbrand dadurch, daß ein Dienstmädchen mit einer brennenden Petroleumlampe den Fenstervorhängen zu nahe kam.

**Veranstaltungen.**

**Zweite Damen- und Fremdenführung der Kassalla.** Nächsten Sonntag findet wieder große Völkerverwanderung zum „Kühlen Krug“ statt. Die „Eis“ laden ihre Götter zu den zweiten Damen- und Fremdenführung ein. Der Verlauf der ersten Sitzung bürgt dafür, daß Nr. 2 zum mindesten ebenso „narrisch“ sein wird. Zahlreiche Vorträge werden wieder gewonnen werden. Das Programm enthält wieder eine große Anzahl Attraktionen, Neuheiten, Mitteilungen, Bild- und unheimlicher Art. Die Eintrittspreise sind wieder dieselben niedrige, wie beim erstenmal. Die Eintrittskarten, die das letztmal sämtliche ins Verließ gekommen waren, sind frisch zusammengestellt und um einige Stück vermehrt worden, jedoch sie sicher „langen“ werden. Es braucht also niemand zu fürchten, daß er vielleicht umsonst rein muß.

**Maskenball des Gesangsvereins „Bruderbund“.** Die Maskenbälle des „Bruderbund“ erfreuten sich von jeher eines guten Zuspruchs, sie gehören auch zu den schönsten Veranstaltungen, die der allezeit tüchtige Verein bisher abgehalten hat. Gesunden Humor und Gemütslichter sind im „Bruderbund“ jederzeit zu Hause; aber auf den Maskenbällen können diese beiden erst zur richtigen Geltung kommen. Für den diesjährigen Maskenball, der am 31. Januar im „Kühlen Krug“ abgehalten wird, war die Leitung des Vereins noch mehr wie in früheren Jahren bestrebt, das Beste zu bieten. Die schönen Preise, die im Schaufenster von R. Weinmann, Ecke Philipps- und Rheinstraße ausgestellt sind, finden allgemein lobende Anerkennung. Auch für gute Bekleidung des Orchesters ist Sorge getragen. Der Kartenverkauf ist ein sehr reger. Wer also am kommenden Samstag seinen Humor sprühen lassen oder seine humoristischen Ideen an den Mann bringen will in Gestalt einer schönen Maskerade oder einen gemütslichen, schönen Abend erleben will, der gehe in den „Kühlen Krug“ zum Bruderbund!

**Verein Volkshilfsbildung.** Sonntag, 1. Februar, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale der Festhalle der zweite Unterhaltungsabend statt. Ihre Mitwirkung an diesem Abend haben in lie-

benswürdiger Weise zugesagt: Fräulein Bina Carstens (groß. Hof-Opernsängerin), Frau Dr. Fuchs (Gesang), der Arbeiterbildungsverein u. a. Eintrittskarten zu 25 Pfg. sind in der Geschäftsstelle des Vereins, Akademiestraße 67, erhältlich. — Zu dem heute Mittwoch, 28. Januar, stattfindenden Konzert des Bach-Vereins sind in der Geschäftsstelle noch ermäßigte Karten zu 50 Pfg. erhältlich.

**Colosseum.** Heute Mittwoch findet die Erstaufführung von „Hohes Verbot“, Komödie von Greindl, statt, für morgen Donnerstag ist eine Wiederholung von „Der Probenbauer“ ange- setzt. Am Freitag, 30. Januar, gelangt die Komödie „Der Gold- bauer“, Volkskomödie von Charlotte Birch-Pfeiffer, zur Auf- führung.

**Der Gesangsverein Badenia** hält am Feiertag am Sonntag in der Festhalle sein Kostümfest ab, dem er die Idee „Ein Sonntag auf der Alm“ zu Grunde legt. Wie alljährlich wird auch diese Veranstaltung ihre Anziehungskraft ausüben, da auch für solche, welche nicht dem Range hulbigen, reichlich für Unterhaltung gesorgt ist.

**Ein Operettenabend in der Festhalle.** Die Vergnügungs- kommission für Stadtgarten und Festhalle hat sich entschlossen, auch im diesjährigen Winter besondere Veranstaltungen zu treffen, die dem hiesigen Publikum etwas außerordentliches bieten. Als Anfang ist ein Operettenabend Mittwoch, 11. Februar, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle vorgesehen. Es sind dafür hervorragende Operettenkräfte des Stadttheaters in Hanau a. M. und die hiesige Selbstbühnenkapelle angeworben. Das reichhaltige Programm wird Soti, Duette, Terzette und Szenen aus den besten und bekanntesten modernen Operetten bringen. Die Mitwirkenden werden zum Teil in den Kostümen auftreten, die sie bei der Aufführung der Operetten tragen. Nach Schluß der Aufführungen soll Tanzunterhaltung im kleinen Festhallsaal stattfinden, um den Besuchern des Abends, die ebenfalls Saal und Galerie füllen werden, Gelegenheit zu geben, die leichtbeschwingten Melodien auch in Terzophonens Reich mit Frohmut zu genießen. Mit Rücksicht auf die hohen Kosten des Abends und die Mannigfaltigkeit der Darbietungen ist ein Eintrittspreis von 1 Mk. für die Person vorgesehen. Inzerate und Plakatanschläge geben demnächst nähere Aufschluß.

**Im Residenztheater** bleibt die unermüdete „Blau Maus“ noch weitere drei Tage auf dem Repertoire. Der Schwanz verfehlt seine Wirkung nicht. Die Art, wie die unter dem Namen der Blauen Maus handelnde Berliner Bedame einem jungen Ehepaar zur Stellung eines Bureauchefs verhilft, ist uerböhrlich und muß auf das Beste amüfieren. Als neue Nummern erscheinen noch auf dem Programm ein Drama „Die Grenze“, eine lustige Komödie „Rehmann und die Elektrifizier- maschine“ und interessante Naturaufnahmen.

**Letzte Nachrichten.**

**Aufhebung des Jesuitengesetzes.**

**Berlin, 27. Jan.** Der Bundesrat wird sich, wie eine parlamentarische Korrespondenz wissen will, im Laufe des Februar mit dem Antrage des Reichstages auf Aufhebung des Jesuitengesetzes beschäftigen, nachdem in den letzten Wochen innerhalb der Bundesregierungen über diese Frage Vorbesprechungen stattgefunden haben.

**Vom französischen Parteitag.**

**Paris, 27. Jan.** Die Verhandlungen des sozialistischen Parteitages in Amiens über die Wahlaktik der Partei sind gestern erst begonnen worden. Sie werden möglicherweise, da sie eine größere Ausdehnung annehmen, erst morgen abgeschlossen sein. Aus der bisherigen Verhandlung geht hervor, daß die Partei mit geringen Ausnahmen sich für ein Zusammengehen mit den Radikalen aussprechen wird, unter der Voraussetzung, daß die radikalen Kandidaten sich für die Rückkehr zur zweiwöchentlichen Dienstzeit aussprechen. In diesem Sinne haben die Vertreter des Nordens und Mittelfrankreichs gesprochen.

**Militäraufstand in China.**

**London, 27. Jan.** Wie aus Shanghai gemeldet wird, ist in der Provinz Yunnan ein Militäraufstand ausgebrochen, indem mehr als 2000 Soldaten meuterten, Offiziere und Soldaten, die den Meuturern entgegentraten, wurden in großer Zahl erschossen. Die Rebellen ernannten den Offizier Yan Tschun zu ihrem General, der die Un-

abhängigkeit der Provinz proklamierte. Nachdem Verstärkungen eingetroffen waren, griffen die regierungstreuen Truppen die Meuterer an, wobei diese fast vollkommen aufgerieben wurden. Ihre Leichen wurden in vier Teile zerstückelt und zur Warnung an die große Mauer gehängt. Der entflohene Rest der Meuterer zieht raubend und mordend durchs Land.

**Streik und Aussperrungen in England.**

**London, 27. Jan.** Die 37 000 Arbeiter im Baugewerbe die das Versprechen nicht unterzeichnen wollten, mit den Nicht-Organisierten friedlich zusammen zu arbeiten und im Ueberertragsfalle 20 % Buße zu zahlen, sind von den Unternehmern ausgesperrt worden. Der Gewerkschaftsverband der Baugewerksarbeiter hat daraufhin gestern Abend beschlossen, den Streik der 18 dem Verbands angehörenden Gewerkschaften nicht nur in London sondern auch in der Provinz zu empfehlen.

**London, 27. Jan.** Der Kohlenträgerverband hat heute Vormittag beschlossen, daß die Arbeiter bei den Firmen, die den Lohn um einen Penny per Tonne erhöht haben, morgen die Arbeit wieder aufnehmen und dann eine Abgabe von 3 Schilling an die Gewerkschaftskasse zahlen sollen.

**Deportation von Arbeiterführern.**

**Kapstadt, 27. Jan.** Die Regierung hat beschlossen, 10 der hervorragendsten Führer und Beamten der Arbeiter- schar zu deportieren. Diese wurden heute unter starker Bewachung von Transvaal nach Natal übergeführt. Dort wurden sie heute Abend auf einen Dampfer gebracht, der vor Tagesanbruch nach England abgehen und unterwegs keinen Hafen anlaufen wird. Die Deportationsverfü- gung erfolgte unter dem Kriegsrecht. Es werden auch Maßregeln getroffen werden, um die Rückkehr der Depor- tierten nach Südafrika zu verhindern.

**Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.**

**S. N. N.** Wenn der Sachverhalt, wie Sie uns denselben geschildert, richtig ist, muß Ihnen die Kasse das Krankengeld bezahlen. Erheben Sie gegen die Kasse beim Bezirksamt (Ver- sicherungsamt), Zimmer 99 des Bezirksamts, Beschwerde.

**A. Kuchheim.** Unseres Erachtens sollte ein Parteigenosse einer freiwilligen Feuerwehr, die derartige Bestimmungen in ihren Satzungen hat, nicht beitreten. Bei einer Pflichtfeuer- wehr kann eine Strafe nur verhängt werden, wenn ein Mitglied seiner Dienstpflicht (Ausbildung und Mithilfe bei Bränden) nicht genügt.

**Verantwortlich:** Für den politischen Teil, Partei, Letzte Nachrichten, Gewerkschaftliches und Soziales: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; für die Inzerate: Gustav Krüger, alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

**Wasserstand des Rheins.**

28. Januar.  
Schusterinsel 1.21 m, gef. 6 cm, Reßl 2.10 m, gef. 4 cm  
Mayau 3.67 m, gef. 1 cm, Mannheim 2.95 m, gef. 1 cm.

**Buchhandlung Volksfreund** Luisenstraße 24.

Sieben erschienen: Babern, Militäranarchie und Militä- rjustiz von Hermann Bendel. Preis 10 Pfg., Porto 3 Pfg.  
Der Neue Weltkalendar 1914, Preis 40 Pfg., Porto 10 Pfg.

Wir empfehlen den Kosmos, Handweiser für Naturfreunde, jährlich 12 Hefte und 5-6 Buchbeilagen. Preis 5.— Mark  
„Mahrer Jacob“, humoristisch-satirisches Witzblatt, Preis 10 Pfg. Durch unsere Zeitungsträger und Filialinhaber werden Bestellungen entgegengenommen.

Die Organisation des Generalkreiks in Belgien. Preis 25 Pfg., Porto 10 Pfg.  
Christentum und Sozialismus von A. Weber. Preis 10 Pfg. Porto 5 Pfg.

Für Durlach und Umgebung liegt heute ein Prospekt „Weiße Woge“ der Firma Paul Burhard, Hauptstr. 56a, bei, auf welchen wir unsere verehrl. Leser besonders verweisen.  
6883

**Sängerbund Vorwärts**  
18 90  
Karlsruhe  
Sonntag, den 1. Februar, vormittags 11 Uhr  
11 Minuten, in den Sälen des Bell-Restaurants zur  
„Deutschen Eiche“  
karnevalistischer Frühshoppen  
unter Mitwirkung des Humoristen E. Müller sowie des  
Gewerkschafts-Macher-Drahters.  
Hierzu laden wie unsere verehrl. Mitglieder, sowie Gönner  
des Vereins freudl. ein.  
Die Eis.  
**Heizer**  
1. g. Schloffer mit gutem Jungs-  
nis, sucht sofort Stellung, ist auch  
geneigt eine andere Stellung  
anzunehmen. In erst. unt. K. H.  
in der Exped. des „Volksfreund“.  
**Verwechsell** wurde am Sonntag  
tag bei der  
Karren-Sitzung in der Restaur.  
Karlsruhe ein neuer schwarzer  
Sammtut. Umtausch in der  
Restaur. Karlsruhe.  
Umzüge mit neuen Möbel-  
wagen und Rollen (bei Regen  
bedeckte Rollen) besorgt billig  
3610 Karl Müllinger,  
Leffingstr. 8a. Telefon 3565.

**Gebrüder Scharff**  
Wir empfehlen:  
**Kaffee**  
(stets frisch geröstet)  
per Pfund 140, 150,  
160, 180, 200 S.  
**TEE** 6927  
(fachmann. Mischungen)  
per Pfund 150, 200,  
300 S.  
**Cacao**  
(garantiert rein)  
per Pfund 80, 120  
und 160 S.  
**Husten-  
Bonbons**  
(aus der Fabrik unseres  
Stammhauses)  
mit Honig- und Tee-  
geschmack 1/2 Pf. 12 S.  
Hustin, ges. gesch.  
per Paket 14 S.

**Herrenkleiderstoffe  
Ufsterstoffe  
Paletotstoffe  
Loden- u. Kostüm-  
stoffe u. 6517**  
sind enorm billig abzugeben.  
**Kaiserstr. 133**  
1 Treppe hoch.  
**Stadt.  
Vierordtbad**  
**Versch. Kurbäder**  
Halb-, Sitz-, Fuss- und  
Wechselbäder. Duschen,  
Wickel (Packungen) und  
Massagen, Dampf- und  
Heissluftkastenbäder etc.  
Damenbadezeit: Montag  
und Mittwoch vormitt. 8  
bis 1 Uhr und Freitag  
2 bis 8 Uhr. 7152  
Herrenbadezeit: „Alle  
übrige Zeit u. Sonntags  
vorm. 8-12 Uhr“.  
Auch ab. Mittag geöffnet.  
**Kinderliegemagen** gut er-  
halten,  
billig zu verkaufen.  
Hlhaudstraße 21. 4. St. r.

**Arbeiter**  
brauchen vollwert. Nahrung.  
Diese liefert billigt 6801  
**Reformhaus Kadner**  
Durlach, Amalienstr. 25  
**Wilh. Eckert,**  
Uhrmacher, Marienstr. 20,  
neb. dem Apollo-Theater  
empfiehlt sein Lager in 1  
Taschen- u. Wanduhren.  
Billige Reparatur-Werk-  
stätte, Trauringe, 8 u.  
14 Kar. gestempelt, das Paar  
v. M. 12-27, Brillen u. Zwicker.  
Anarbeiten von Ketten u.  
Postkornmöbeln  
werden am besten und billigsten  
besorgt im Posten-Geschäft H.  
Köhler, Schützenstr. 25. 8707  
**Clavier-Unterricht.**  
Konserbatorisch geb. Fräulein  
erteilt gründl. Unterricht für An-  
fänger und Fortgeschrittene bei  
mäßl. Honorar. Näh. Mon-  
straße 2, 2. Stock. 6752  
**Ständige Obstweine**  
zu kaufen gesucht.  
Offerten unter Chiffre 6788  
an die Exped. d. Bl. erbeten.  
**Große, helle Werkstätte**  
mit Nebenzimmer, auch für  
Lagerräume geeignet, sofort od.  
später zu vermieten bei Karl  
Reß, Karlsruhe 20. 6854

**Für Landriseur**  
oder jungen Anfänger habe ich  
1 Doppelwöchentlich mit Wasser-  
leitungsanschluß, weiß. Marmor  
u. Kippboden, 1 bereits neue  
Toilette mit großem Weller-  
sitzegel sowie Fußhemel prot-  
bilis zu verkaufen. 6883  
**Aug. Birk, Friseur,**  
Karlsruhe, Dorfstr. 19.  
**Die billigste Quelle**  
in getragenen Anzügen,  
Schuhe, Ueberzieher u. a. m.  
an, Ufster u. sowie beste Ge-  
legenheitskäufe in Schuh-  
waren findet man in dem An-  
und Verkauf-Geschäft von  
**Arnold Schap,**  
Bähringerstraße Nr. 38.  
**Theater- und**  
**Masken - Kostüme**  
Frack- und Gehrock verleiht  
**Phil. Hirsch, Steinstraße 2.**  
**Ueberzieher** fürdt à 3.—  
**Herren-Anzüge** à 3.50  
**Damenkleider** à 3.—  
**Färberei Firnrohr**  
Kaiserstraße 28. 6699  
**Druckfachen** fertigt  
an  
Buchdruckerei Volksfreund.

# Gesangverein 'Lassallia' Karlsruhe.



## Die 2. grosse Damen- u. Fremdensitzung

findet am **Sonntag, den 1. Februar**, im Saale „Kühler Krug“ statt.

Es werden nur die besten Büttendredner und Rednerinnen auftreten.

Aufzug des Elferrats 4.11 Uhr. — Vorher Konzert. — Eintritt pro Person 30 Pfg.

Nach Schluss der Sitzung **Ball** Derselbe frei.

Zu zahlreichem Besuche laden ein

**Die Elf.**

Narrenmützen nebst Liederbüchern am Saaleingang erhältlich.



### Sozialdem. Partei Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 28. Januar 1914, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstrasse 13, eine

### Partei-Versammlung

1. Abrechnung vom III. Quartal 1913/14.
2. Vortrag über:

### Die deutschen Aktien-Gesellschaften.

Vortragender: Leopold Rücker.

Wir ersuchen um zahlreichen Besuch.

Der Vorstand.

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Karlsruhe.

Sonntag, den 1. Februar, vormittags 10 Uhr, findet in der „Gewerkschaftszentrale“, Kaiserstrasse 13, unsere

### Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Anträge und Verschiedenes.

Wir ersuchen die Kollegen recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

### Frauenbildung — Frauenstudium.

Donnerstag den 29. Januar, abends halb 6 Uhr, im Singaal der Hieschule, Sofienstrasse 14

### Vortragscyclus

„Die gebildete Frau als Käuferin“  
„Weißzeug und Spitzen“.

Herr Dr. Vier.

Eintritt für Mitglieder 1 Mk., für Nichtmitglieder 1.50 Mk.

Der Vorstand.

### Feuerbestattungsverein Durlach und Umgebung (E. V.).

Donnerstag, den 29. Januar 1914, abends 8 Uhr beginnend, findet im „Krokodil“ in Durlach, Hauptstrasse, unsere

### Generalversammlung

Tagesordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Neuwahl der Mitglieder. 3. Wünsche und Anträge der Mitglieder (müssen 8 Tage vor der Versammlung schriftlich dem Vorstand eingereicht werden).

Daran anschließend die Generalversammlung für die Bestattungskasse. Jahresbericht.

Der Vorstand.

Waldstr. 16/18. Colosseum. Telefon 1938.

### Gastspiel der Exi-Bühne.

Mittwoch, den 28. Januar, abends 8 Uhr: Novität! Grosser Lacherfolg! Zum 1. Male! „Hoher Besuch“, Posse mit Gesang, Musik und Tanz in 3 Akten von Xaver Greindl — Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 Uhr: Zum 2. Male! „Der Protzenbauer“.

Freitag, den 30. Januar, abends 8 Uhr: Zum 1. Male! Novität! „Der Goldbauer“, Volksschauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer. — Samstag, den 31. Januar, abends 8 Uhr: Zum 1. Male! Novität! (In Wien und Berlin innerhalb eines 2monatl. Gastspieles je 25 Aufführungen mit durchschlagendem Erfolg!) „Der heilige Florian“, Satyrische Posse in 3 Akten von Max Neul und Ph. Weichand.

Weiterer Spielplan folgt Samstag, den 31. Januar 1914.

Colosseumskasse tägl. vorm. v. 11-12 Uhr geöffnet.

Im Eintrachtsaal am Donnerstag, den 29. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

### großer volkstümlicher Vortragsabend.

Themas

### „Ueber vorgeburtliche Erziehung.“

Ein Weg zur Veredelung der Rasse.

Aus dem Inhalt: 1. Einleitung. 2. Die Talente und Fähigkeiten durch vorgeburtl. Erzieh. entwickelt werden können. 3. Der erzieh. und bild. Einfluß der Kunst. 4. Die Anlagen zu Verbrechen entstehen und verhütet werden. 5. Die das Beispiel des Vaters wirkt. 6. Die Bildung der Temperamente durch vorgeburtl. Erziehung. 7. Die geistige, (Intellekt), die spirituell-moralische und die materiell-förperliche Entwicklung des Menschen vor der Geburt und ihre richtige Beeinflussung durch die Mutter. 8. Die Frau als Trägerin des Massenblutes und wahrer Kultur.

Referentin: **Frau Vera Millius**, Magnetopathin und Naturheilkundige, geprüftes Mitglied der Vereinigung deutscher Magnetopathen, Karlsruhe, Neulkenstrasse 29.

Jeder Mann, jede Frau, auch jugendliche, erwachsene Personen beiderlei Geschlechts, besonders aber

### werdende Mütter

sollten im eigensten Interesse diesen hochwichtigen, von erster Wichtigkeit durchgeführten Ausführungen beiwohnen.

Eintrittskarten à 50 P. und 1 Mk., abends am Saaleingang.

### Alle Sorten Kohlen Coks, Briketts und Holz

Liefert prompt und billigst

### Syndikatsfreie Kohlenhandlung

Telephon: 2363 Karl Rieß Kontor: Karlsruferstr. 20

### Durlach.

Wo ist denn am nächsten Sonntag was los?

Halt! Ich hab's!

Beim Kaspar Strubel im „Lamm“

### Großes Starkbierfest mit allgemeinem Rummel!

Da trinkt man einen famosen Stoff Markgraf-Karl-Bräu aus der „Ewigenbrauerei“, da müssen wir auf alle Fälle dabei sein!

### Restaurant „Goldener Adler“

Spezialauschank der Brauer & Kammerer.

Jeden Donnerstag

### Schlacht-Tag.

Hochachtend Ernst Müller.

Schürzen für Kinder, Schürzen für Mädchen, Schürzen für Frauen, Riesige Auswahl im Kaufhaus Zapf, Zell a. H. Stets Neuheiten am Lager. Enorm billige Preise.

Maskenkostüm, Firolerin, 3 Mk. zu verleihen oder billig zu verkaufen.

Winterstraße 7, 4. St., r.

Näbnerstraße 23, 3. St., rechts, ist möbliertes Zimmer zu vermieten. 6926

## Leopold Kölsch

Karlsruhe — Kaiserstrasse 211

Stammhaus gegründet 1844.

Der diesjährige

## Inventur-Räumungsverkauf

beginnt

Montag, 2. Februar.

Erwarten Sie diesbezügliche Anzeigen!



Unsere Kindern

## Zell's

Cacao-Chocolade

HARTWIG & VOGEL A.G.

Reisevertreter für Baden u. Pfalz: Hermann Wassermann

Karlsruhe i. B., Kaiserstrasse 62. Telefon 637